

magdeburgischen Wahlkreise auf, halb zur Nachwahl die Nützlich zu schmecken.

Treffen die Angaben zu, und kommt es in Zerichow wirklich zur Neuwahl, so wird es dort einen heißen Kampf geben, da die Konservativen alles daran setzen werden, die Ehre von Hagenow auszuweisen. In unseren Parteigenossen in dem Kreise ist es, diesen Versuch zu vereiteln und deshalb gilt die Mahnung, schon jetzt zu rüsten, auch ihnen.

Der Segen der Wucherzölle.

Die Agrarierhauptidee geraten wieder einmal in Gärnis. Diesmal hat es ihnen eine literarische Arbeit des bayerischen Oberleutnants a. D. Franz Hoerenz, der zum Studium der Volkswirtschaft übergegangen ist, angetan. Hoerenz weist in seinem Buch, betitelt: „Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter im nördlichen Teile Oberbayerns 1900 bis 1909“, nach, daß die Güter in diesen zehn Jahren durchschnittlich um vierzig Prozent im Preise gestiegen sind. Er kommt zu dem von Sozialdemokraten wiederholt dargelegten Ergebnis, daß die Schutzzölle für die Landwirtschaft nur scheinbare Vorteile haben. Durch die Zölle steigern sich die Einnahmen in der Landwirtschaft. Die Folge ist im allgemeinen die Veräußerung der Güter zu höheren Preisen. Der neue Besitzer schreift dann nach berühmten Mustern nach weiteren Zöllen.

Die Berechnung Hoerenz erstreckt sich auf nicht weniger als 2151 Anwesen, die in den Jahren 1900 bis 1909 zum Verkauf gelangten. Aus den Durchschnittszahlen ergibt sich, daß die Preise in den ersten Jahren 1900, 1901 und 1902 durchweg am langsamsten stiegen, dann immer schneller bis zum Jahre 1909, um dann nach Erreichung dieses Höhepunktes im Jahre 1910 wieder etwas zu fallen. Damit steht im Einklang, daß während der ersten drei Jahre die Zahl der Kaufabschlüsse verhältnismäßig gering ist. Mit dem Jahre 1909, d. h. mit der Annahme des deutschen Zolltarifs im Dezember 1902, ändert sich aber die Lage, indem die Zahl der Kaufabschlüsse sprunghaft von 192 im Jahre 1902 auf 273 im Jahre 1903 steigt. Offenbar übte die erst von 1906 ab in Aussicht stehende Preisverbesserung für Getreide sofort einen starken Einfluß auf die Preisbildung des Bodens. Der zukünftige Gewinn wurde schon in der Gegenwart vorweggenommen trotz der „dauernd gedrückten Getreidepreise“. Am meisten stiegen die großen Güter, die das meiste Getreide auf den Markt bringen können, die also den größten Vorteil von den Zöllen haben, d. h. die Güter über 20 Hektar. Es stiegen die Preise bei Gütern von 2-5 Hektar von 1900-1902 — die damaligen Durchschnittspreise = 100 gesetzt — auf 104 im Jahre 1904 und auf 115 im Jahre 1906, bei Gütern von 5 bis 20 Hektar auf 114 im Jahre 1904 und auf 129 im Jahre 1906, bei Gütern von 20 bis 50 Hektar auf 127 im Jahre 1904 und auf 136 im Jahre 1906, bei Gütern von 50 bis 100 Hektar auf 140 und 201 im Jahre 1906. Das an sich auffällig starke Steigen der mittleren Güter mit geringem Boden und der kleinen Güter unter 5 Hektar, die wenig Getreide für den Markt produzieren oder noch für ihren Haushalt zulaufen müssen, ist zu erklären aus den starken spekulativen Ankäufen der Großbauern, Großgrundbesitzer und Bodenhändler. Es haben z. B. vier Großgrundbesitzer in den Jahren 1900 bis 1902 nicht, in den Jahren 1903 bis 1906 aber 879 000 Hektar im ganzen Anwesen zu ihrem bisherigen Besitz zugekauft.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist über diese Darlegungen sehr aufgebracht. Sie wirft dem Verfasser Antipathie gegen die Landwirtschaft vor und glaubt ihm mit den Worten abtun zu können, sein Buch sei keine Wissenschaftsarbeit, sondern ein Niederschlag freihändlerischer Lehren. Und das behauptet das Agrarierblatt, obwohl täglich Beispiele angeführt werden können, die die Behauptungen Hoerenz unterstützen.

Friedeberg-Arnswalde und die „Deutsche Tageszeitung“.

Die auf dem sozialdemokratischen Parteitag für die Provinz Brandenburg gemachte Mitteilung über Versuche, die sozialdemokratischen Stimmen für den Konservativen v. Schudmann zu gewinnen, sind der „Deutschen Tageszeitung“ einigermaßen peinlich. Zunächst will sie nichts davon wissen, daß der Unterhändler, der als alter Abwardhianer für die Konservativen gegen Bruhn arbeitete, im Antrage Schudmanns verhandelt habe. Es sei seine persönliche Mei-

nung gewesen, daß der Kandidat eventuell die Stichwahlbedingungen unterzeichnen werde.

Wenn jener antisemitische Parteigänger wirklich geglaubt haben sollte, er würde Herrn v. Schudmann zu einem Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie bewegen, so hat er sich sicher in einem außerordentlichen schweren Irrtum betunden.

Dann erzählt die „Deutsche Tageszeitung“, daß man auch an sie, im Hinblick auf ihre besondere Wertschätzung des Herrn v. Schudmann von antisemitischer Seite mit der Bitte herantreten sei, doch öffentlich darauf hinzuweisen, wie sehr sich die Sozialdemokratie selber bloßstellen würde, wenn sie nach allem, was die sozialdemokratische Presse gegen den Abgeordneten Bruhn geschrieben hat, diesem zum Mandate verhelfen würde. Aber das Blatt ist festgeblieben:

Dwobol nun ein einfacher Hinweis auf die prekäre Lage der Sozialdemokratie bei dieser Stichwahl noch in keiner Weise als ein „Werben“ um sozialdemokratische Stimmen hätte gelten können, so haben wir doch ohne weiteres erklärt, so schmerzlich gerade wie eine Niederlage des Herrn v. Schudmann empfinden würden, so könnten wir unter keinen Umständen etwas tun, was auch nur von ferne als ein solches Werben erscheinen oder ausgelegt werden könnte. Wir haben vollen Grund zu der Überzeugung, daß Herr v. Schudmann in dieser Frage genau den gleichen Standpunkt einnimmt und demgemäß auch jedes Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie rundweg abgelehnt haben würde, wenn es ihm persönlich zugunsten worden wäre.

Aus alledem geht doch soviel hervor, daß Leute von sehr staatsverhaltender Gesinnung nichts darin gefunden haben würden, die Sozialdemokratie zu einer Unterstützung des konservativen Kandidaten zu ermuntern. Jedenfalls fehlt es auch in Friedeberg-Arnswalde und in Berlin nicht an Personen, die auf dem Standpunkt stehen. Ein echter Konservativer — oder Antisemit — mag keine Rollen leiden, doch ihre Stimmen nimmt er gern.

Einführung von Gastwirtschaftskammern? Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Gastwirte und der Regierung statt, um einen alten Wunsch der Gastwirte, die Einführung von Gastwirtschaftskammern zu verwirklichen.

Schätzung des Urteils gegen den Janschaner. Die Elbinger Strafkammer hat als Berufungsinstanz das schöffengerichtliche Urteil gegen den Kammerherrn v. Oldenburg wegen Verleumdung des Geheimrats Biele im Wahlkampf bestätigt.

Konservative Rache. Die Kreisynode des Synodalbezirks Runkel (Oberlahnkreis) hatte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit der Wahl zweier Abgeordneter in die Bezirksynode zu befassen. Als Stellvertreter der weltlichen Abgeordneten wählte die Synode den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Bürgermeister Pepp in Selbst. Der konservative „Reichsbote“ demütigt nun wie folgt:

„Mit Herrn Pepp zieht — wenn es zur Ausübung der Stellvertretung kommt — ein Mann in die Bezirksynode ein, der in seiner Stellung als höchster Polizeibeamter seiner Gemeinde es über sich vermochte, zur Erreichung des Reichstagsmandats die Feindschaft der Sozialdemokratie zu unterzeichnen. Diese Wahl zeigt, daß man in weiten bürgerlichen Kreisen den Maßstab für Erlaubtes und Unerlaubtes verlor, oder daß unsere Zeit sehr schnell vergift, was gestern noch galt.“

Das ist die Rache dafür, daß den Konservativen hier das Reichstagsmandat durch Herrn Pepp mit Hilfe der Sozialdemokraten abgenommen wurde.

Keine Christliche Erbauung. Voller Entsetzen berichtet die „Deutsche Tageszeitung“, daß in einer Berliner evangelischen Kirche der Geistliche in der Predigt am letzten Sonntag nachmittag sich ausschließlich mit dem Leben und den Lehren Rousseaus beschäftigt habe.

Der Predigt war der Text aus den Sprüchen Salomons: „Der Weise erntet Segen“ vorausgesetzt, und sie wurde mit der Erklärung eingeleitet, daß solche Männer wie Rousseau auch Gelegenheit zu einer sonntäglichen Betrachtung im Gotteshaus geben könnten. Der Geistliche pries die Gedanken Rousseaus als vorbildlich und sprach die Hoffnung aus, daß sie zu einer größeren Ausbreitung der Gottesfreiheit und der Freiheit der Völker im staatsbürgerlichen Leben führen möchten. Jede christliche Erbauung fehlte in der Predigt vollständig.

Christliche Erbauung wäre es gewesen, wenn der Pastor das Thema des Bischofs Penle variiert hätte: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“. Aber die Lehre Rousseaus von Volksrecht

und Volksfreiheit ist widerchristlich, obwohl gerade bei ihm, dem Bürger des calvinistischen Geistes, ihre Wurzeln auf die Grundelemente des Protestantismus zurückgehen.

Vom Besatzungsgesetz. Das im Landtag angenommene Besatzungsgesetz ist bekanntlich für Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein bestimmt. Jetzt wird eine förmliche Verordnung vorbereitet, die eine genaue Abgrenzung der Gebiete festlegt, in welchen das Besatzungsgesetz in Wirksamkeit treten soll.

Die Truppen in China werden noch lange nicht zurückgezogen. Auf Verlangen des Reichstags stellte die Reichsregierung in Aussicht, einen Teil der verstärkten Truppenabteilungen, die sich zurzeit in China zum Schutze der deutschen Interessen befinden, im August d. J. zurückzuziehen. Nach einer offenbar amtlichen Mitteilung denkt die Regierung aber nicht daran, die Truppen zu verinnern, da die Unsicherheit der politischen Verhältnisse in China sich im Laufe der letzten Monate nicht gebessert hat, und es noch nicht abzusehen ist, wann geordnete Zustände in dem durch die Revolution aufs heftigste erschütterten Riesenreiche eintreten werden.

Da ein großer Teil dieser Truppen im September dieses Jahres nach Beendigung der aktiven Dienstzeit entlassen werden muß, werden Ersatzmannschaften in zwei Transporten Anfang und Ende Juli dieses Jahres die Heimat verlassen. Das verstärkte Truppenabteilung soll in seiner vollen Stärke — 500 Mann — vorläufig draußen belassen werden. Es wird seine Führung auch nicht mehr, wie bisher, provisorisch geregelt, nebenamtlich in den Händen eines Hauptmanns liegen, sondern wird einem Major übertragen. Die Regierung schlägt also ihr gegebenes Versprechen in den Wind.

Die Mobilisierung der antiproletarischen Jugend — oder auch die antiproletarische Mobilisierung der Jugend — ist der Zweck des von dem deutschen Generalfeldmarschall v. d. Golz, dem früheren Tüfentruktur, gegründeten Jungdeutschlandbundes. Deutlich genug kam dies in einer, natürlich stürmisch bejubelten Rede zum Ausdruck, die der auch aus den Steuergroßen der Arbeiter befolgte Generalfeldmarschall am Sonntag auf dem 18. deutschen Jugendplekongress in Heidelberg hielt. Er erklärte rühmheraus, daß die Kriegsgefahr des letzten Herbstes den Anstoß zur Gründung gab und daß die Wehrhaftmachung und Marschallbildung der Jugend der daumzeit ist. Wenn er sich dann gegen militärische Formen aussprach, so gewiß in der Erkenntnis, daß man mit dem Kasernendruck die Jugend nur von sich stoßen würde! Auch die heimatische soll gepflegt werden durch Wanderungen, aber die Vaterlandliebe, so hofft der General, müsse sich ungesen in Liebe zum Landesherren und in Treue zu Kaiser und Reich! worunter die Offizieren selbstverständlich nur den Kabarettgehörig gegen Regierung und die widerprüchliche Unterstellung unter die Vormundschaft der Bureaucratie verstehen. — Im übrigen wurde auf dem Kongress von vielen Selten obligatorisches Turnen und Spielen für die Fortbildungsschüler gefordert und Prof. Krauß-Charlottenburg hob hervor, daß die zu lange Arbeitszeit der Jugendlichen und das großstädtische Wohnungselend der Proletariatsmassen es sind, die die Jugend körperlich untüchtiger machen. Er fand aber keinen Weisheitssturm — wie Herr v. d. Golz, und schon garnicht fand sich jemand, der dagegen protestiert hätte, daß man die Arbeiterturnvereine gewaltsam hindert, die Arbeiterjugend zu „erklügeln“.

Ultramontaner Hyazinthismus. Aus Anlaß einer in Regensburg stattfindenden militärischen Ausstellung soll am 6. und 7. Juli ein Jugendtag veranstaltet werden. Ein Prinz und eine Prinzessin von Thurn und Taxis haben die Protektorenrolle übernommen. Ein Extrablatt des vom Zentrum herausgegebenen „Regensburger Anzeigers“ bringt seinen Lesern diese frohe Kunde. Der Text zu den Bildern der hohen „Protektoren“ hebt also an:

Die lebhafteste Erinnerung des großen Unerwarteten und die damit verbundene innige Teilnahme, die wir als Kinder den Prinzen und Prinzessinnen im Märchen erwiesen haben, übertragen wir im späteren Leben unwillkürlich auch auf die Herrscher und Fürsten, auf die fürstlichen Frauen und Mädchen unseres Vaterlandes, unserer näheren Umgebung. Es gibt wohl keinen königlichen Hof, keine fürstliche Residenz, an dem nicht ein oder mehrere Prinzen, die eine oder andere Prinzessin sich einer besonderen Verehrung der Untertanen erfreuen usw.

Die Mitglieder des Hauses Thurn und Taxis, denen gegenüber der Zentrumsheiß so in Begeisterung gerät, sind Kinder von sechs und acht Jahren! Ueber den sechsjährigen Protektor schreibt Herr Feld:

Wer diesen Prinzen mit seinen Geschwistern schon einmal am Sandhausen im Park oder sonstwo spielen sah, konnte sich nur freuen über das natürliche Wesen, das in diesem fürstlichen Knaben wohnt.

Und wer ein Zentrumsblatt vor einem Kinde auf dem Bauche kriechen sieht, der kann nur die tiefste Verachtung für ein solches Geschmeiß empfinden.

Konflikt im heftigen Landtag. In der Dienstagssitzung der heftigen zweiten Kammer gab es eine Ueberraschung: Der Finanzminister Braun lehnte namens der Regierung den Vorschlag des Finanzausschusses der Kammer ab, die Kosten der Gehaltserhöhung für die Staatsbeamten und die Volksschul-

Augen haben als Leiche. Um sobald mit Uebermut oder Torheit verlocken will zu dummen Streichen, werde ich denken: Was hilft's, junges Blut! Du bist auch einmal solch ein starres, langes, blaßes, lebloses Stück Leichnam! — Das ist eine tüchtige Lehre!

Bis gegen fünf Uhr arbeitete Anton unterbrochen. Dann ging er ins kleine Gärtchen, stochte einen Strauß von Rosmarin und Nelken, wandte sich zu des Tischlers Wohnung, der dort gehalten, und wartete dort auf den Totengräber, welcher sich auch pünktlich samt Gehilfen und der schwarzen Tragbahre einstellte. Dann zogen sie zum Fuchswinkel hinaus.

Als Anton, voranleuchtend, durchs Gäßchen lugte, rief der Totengräber ihm zu: „Set ohne Sorge, Storbmacher, wir sind hier noch, der läuft nicht mehr weg, wenn er ordentlich tot ist, wie sich's für einen rechtschaffenen Toten gehört.“

Er legten ihn in den Sarg auf eine Unterlage von weichen Sodestücken. Ueber ihn streute Anton die Nelken und Rosmarinzwige, die er mitgenommen.

Dann schlossen sie den Sarg, und der Schall des Hammers, der die Nägel eintrieb, hallte weit im Walde wider und erschreckte alle Vögel.

Die zwei Männer trugen die Bahre.

Anton ging ernst und still hinter ihnen her. Die brauchten zwei volle Stunden bis ins Dorf. Beim Kirchhof empfing sie Pastor Rarich im Amtskleide. Anton lächelte ihm die Hand für seine Güte im Namen des Toten. Die Magd leuchtete mit einer großen Stalllaternen voran bis zum offenen Grabe. Als der Sarg an diesen Stellen hinabgelassen war, sprach der ehrliche Pastor:

„Du hattest keine Heimat, Unglücklicher, dessen Herdliche Ueberreste wir bestatten; Du suchtest sie, umbergetrieben und verirrt, durch Nebel, Schmutz und Not; versunken in Sünde und Laster fandest Du keine Ruhe auf der Erde. Finde sie jetzt in der Erde und gönne Gottes Huld Dir selbige Auferstehung, zum Licht und zur Wahrheit. Amen.“

Das war die schönste und zugleich kürzeste Rede, die Anton jemals vom Pastor gehört zu haben sich erinnerte. Sie gingen auseinander, nachdem sie still gebetet.

Die Magd, die ihrem Herrn voranleuchtete, machte eine Wendung mit der Laterne, und bei deren Schein glaubte Anton das Knistern der braunen Wädel zu gewahren, welches über die Mauer in den Kirchhof strakte.

(Kochscholtsch)

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei.

22] (Kochscholtsch verboten.)

Theodor, der eben erst vom schönsten Gastbett aufgestanden — (die übrigen waren auf gemeinschaftlicher Streu in. W. w. gewesen!) — verschlafen und gähnend unter sie trat und die letzten Worte, die man wechselte, noch vernahm, zog seine Börse und reichte Anton einige Goldstücke hin. Dieser winkte ihn beiseite, flüsternte ihm etwas ins Ohr, gab das Geld zurück, verabschiedete sich und ging.

Jeder der Antwendenden legte diesen hümmen Ausritt auf seine Weise aus, keiner jedoch erriet das Richtige. Am wenigsten Antille, die Anton's Aneignung gegen Theodor mit sich und ihren eigenen Empfindungen im Zusammenhang wählte. Theodor aber, purpurrot im Gesicht und über alle Wachen verzerrt, trieb in dieser Verlegenheit den Baron, die Stallkutte zu reihen, daß er bald in seiner Gesellschaft den projektierten Ritt in Wald und Feld beginnen könnte, auf welchem er die ihm zugedachte Domäne besichtigen wollte.

Anton war zum Pastor gegangen, den er, wie immer, bereitwillig, gutmütig, aufopfernd fand. Dann eilte er zum alten Dorfgeschler, dem Sarglieferanten von Liebenau, seit fünfzig Jahren schon und länger; der Mann war hoch in den Siebziger.

Wieviel Liebenauer hatte der schon angeheubelt in den letzten hundert Jahren!

Als Anton, diesem sein Anliegen mitteilend, zugleich erklärte, er wolle von seinen kleinen Erbschaften den Sarg bezahlen, stülte Meister Fiebig ihn von der Seite an und murmelte fragend: „Galt ein Rosenquersche?“ (Du mußt wissen, lieber Vater, so benennt man dortzulande jene vierreihigen Särge, deren Deckel platt und fest auf dem Körper liegt und wirklich das Gesicht oft zusammenbrückt.)

Anton fuhr auf: „Was denkt Ihr, Fiebig? Wenn ich einen Menschen begraben lasse, soll er nicht wie ein Hund verpackt werden. Keine Rosenquersche! Einen ordentlichen Sarg mit hohem Deckel, wie sich's gehört.“

„Nu, nu, Rosenquersche“, nahm Fiebig das Wort, „nicht so heilig. Meint ich's doch gut mit Dir: Du hast ja selber nichts! Die Rosenquersche käme auf's halbe Geld zu stehen. Soll ich etwa auch Eisenholz nehmen?“

„Warum nicht gar. Galtet mich nicht für Narren, Fiebig. Nehmt leichtes, dünnes Lannenholz. Wird ja doch alles wieder Staub, Mensch wie Sarg. Streicht ihn schwarz an — nicht gelb, hört Ihr? — schwarz. Das schickt sich für den schwarzen Wolfgang. Und malt keine Totenköpfe darauf, keine Knochen und solche Dinge. Wozu?“

„Na, schon recht, Anton, werd's besorgen. Geh' gleich drüber her, daß Ihr ihn heute Abend holen könnt, sonst holen ihn Euch die Raben fort, ein Galgenvogel ben andern.“

Anton's menschenfreundlicher Fürsorge blieb jetzt noch der schwerste Gang: zum Totengräber. Das war ein rober Kerl. Mit guten Worten mochte der nicht gewonnen werden; den lockte nur Geld. Das war bekannt in ganz Liebenau.

Anton zeigte ihm einen harten Taler, bevor er noch zu ihm sprach. Dann sagte er: „Draußen im Fuchswinkel, Totengräber, liegt eine Leiche. Wir haben noch sehr heißes Wetter, sie muß bald unter die Erde. Um fünf Uhr wird Meister Fiebig den Sarg fertig haben. Laßt bis dahin auch das Grab fertig sein; nehmt einen Arbeiter zu Hilfe; der Herr Pastor weiß schon, er wird Euch ein Plätzchen an der Mauerrede zeigen, wo er hinkommt. Dann nehmt eine Bahre, geht mit Eurem Gehilfen zum Tischler, holt den Sarg und tragt ihn hinaus; ich gehe mit. Draußen fargen wir den Toten ein und tragen ihn zu Grabe. Wenn Ihr alles ordentlich besorgt, ist dieser Taler Euer Biergeld. Was Ihr sonst zu fordern habt, berechnet der Herr Pastor.“

„Gut nichts zu sagen, Storbmacher“, entgegnete der Totengräber. „Für einen blanken Taler hole ich meinethwegen auch den Teufel aus dem Fuchswinkel. Und das Grab ist so gut wie fertig. Gab's gegraben auf Vorrat, für meine Alte, in dem in die Mauerrede, weil ich dachte, ich würde das Weiß los. Sie hat sich aber wieder besonnen und zusammengefaßt und kann noch länger halten als mir lieb ist. Gled fünf gehe ich um den Sarg. Nur beim harten Taler muß es bleiben, sonst keinen Schritt nicht.“

„Sie sagen immer, nichts auf Erden sei unsonst, außer der Tod!“ brummte Anton, wie er zur Großmutter zurückkehrte, „doch das ist auch eine Plage. Der Tod kostet genug.“

„Jawohl“, erwiderte Mutter Golz, „nur mit dem Unterschiede, daß der Tote die Unkosten nicht zu tragen hat, sondern seine Hinterbliebenen. Diesmal trifft es uns, und an einer Erbschaft werden wir uns nicht entschlagen.“

„Doch Großmutter. Wir hat er viel hinterlassen, der schwarze Wolfgang. So lange ich lebe, werde ich ihn vor

1. Beilage zu Nr. 154 der „Volkswacht“.

Freitag, den 5. Juli 1912.



Der Festzug zum Gewerkschaftsfest

wird folgende Reihenfolge zuweisen:

1. Gruppe.

1. Herolde. Musik.
2. Festwagen des Ausschusses: Die Arbeit als Trägerin der Kultur.
3. Frauenchor Frohinn, Sänger in zwei Gruppen.
4. Buchdrucker mit Festwagen.
5. Lithographen und Steinbrucker.
6. Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter.
7. Buchbinder mit Berufsgruppe und großem Buch. Musik.
8. Esperanto-Festwagen.
9. Arbeiter-Radfahrer.
10. Porzellanarbeiter.
11. Lederarbeiter und Sattler.
12. Gärtner.
13. Maler mit Festwagen.

2. Gruppe.

14. Tapezierer mit Festwagen.
15. Textilarbeiter.
16. Schneider-Verband.
17. Gitarbeiter mit Festwagen.
18. Schwimmverein Poseidon. Musik.
19. Fabrikarbeiter-Verband.
20. Arbeiter-Mislerer.
21. Kürschner mit Festwagen.
22. Schuhmacher.

3. Gruppe.

23. Turnerinnen, Turner in Gruppen.
24. Holzarbeiter mit Festwagen und den einzelnen Sektionen.
25. Bildhauer mit Festwagen.
26. Maschinisten und Heizer.
27. Glaser mit Festwagen.
28. Glasarbeiter.

4. Gruppe.

29. Bauarbeiterverband mit Festwagen.
- Fahnenkaste mit Fahne.

- Die Gewerkschaft mit Emblemen.
Maurer in alter Tracht.
Maurer in neuzeitlicher Tracht.
Stuckateure.
Kalkträger in Tracht.
Ziegelträger in Tracht.
Kementarbeiter in Tracht mit einer Brücke.
Alle sonstigen Hilfsarbeiter. Musik.
30. Zimmerer in Gruppen und Originalkleidung.
 31. Töpfer mit Festwagen.
 32. Steinsetzer mit Festwagen.
 33. Steinarbeiter-Verband.
5. Gruppe.
34. Metallarbeiter mit Festwagen. Musik.
Gruppen der Organisation.
Zweiter Festwagen. Musik.
- Weitere Berufsgruppen der Metallarbeiter und Jugendliche.
35. Schmiede mit Festwagen.
36. Kupferschmiede.
6. Gruppe.
37. Böttcher mit Festwagen.
38. Brauereiarbeiter mit Festwagen und Musik.
39. Mühlenarbeiter mit Festwagen und Gruppen.
40. Bäcker und Konditoren mit Gruppen und Brezel.
41. Festwagen des Hum. Musik-Vereins.
42. Zigarrenarbeiter-Verband.
43. Gastwirtschaftsgehilfen mit Festwagen.
7. Gruppe.
44. Gemeinbearbeiter mit Gruppierungen der Organisation und Musik.
45. Erster Festwagen bei Transportarbeiter aus früherer Zeit. Zweiter Festwagen (Schiff) und Gruppierungen der Organisation. Musik.

Dritter Festwagen sämtlicher Branchen der Organisationen des Transportarbeiter-Verbandes. Eine Droschke aus vorigem Jahrhundert und eine neuzeitliche.
46. Handlungsgehilfen-Verband mit zehn Staatswagen. Anschließend Radfahrer.

Ordner und Samariter der A.-S.-K. sind am ganzen Zuge verteilt.

Es wird dafür Sorge getragen, daß die Teilnehmer am Zuge nach Möglichkeit den ganzen Zug zu sehen bekommen. Die Ordner stellt jede Gewerkschaft für ihren Zugteil.

Das Programm des Gewerkschaftsfestes

ist nunmehr erschienen. Da sich für dasselbe eine große Anzahl Inserenten gefunden haben, konnte es in Form einer 24 Seiten großen Festschrift mit starkem Umschlag erscheinen, die außer dem Festprogramm in den verschiedenen Lokalen eine kleine Abhandlung aus der Geschichte der Breslauer Gewerkschaften enthält. Die Schrift, die dem Programm der Theater ähnelt, wird zum Preise von 10 Pf. abgegeben.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände!

Wir machen darauf aufmerksam, daß morgen, Freitag abend, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses die Festschriften und Festscheine an die Obmänner ausgegeben werden. Der Vertrieb kann dann sofort beginnen. Die Ausgabe der Festschriften erfolgt Mitte nächster Woche. Ferner stehen noch eine Anzahl Plakate zur Verfügung und können beim Genossen Richter, im Bureau der Schneider, abgeholt werden.

Weiter geben wir schon heute bekannt, daß die Festscheine keinesfalls vor Eintreffen des Festzuges geöffnet werden und empfiehlt es sich deshalb, die Eintrittskarten vorher zu entnehmen, damit allzu starker Andrang an den Tageskassen vermieden wird. Auf mehrere Anfragen, ob auch Frauen am Zuge teilnehmen können, diene zur Mitteilung, daß die gewerkschaftlich organisierten Frauen selbstverständlich daran teilnehmen sollen. Keinesfalls kann aber Kindern, mit Ausnahme der Schulträger, die Beteiligung gestattet werden. Der Ausschuss.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Juli.

Die Lehrer vor die Front gegen den Umsturz!

Nachdem der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie bei den Januarwahlen sein leuchtendes Flaklo erlitten und als Erfolg zehnjähriger Tätigkeit 1/4 Millionen Stimmen und 116 Abgeordnete der niedergelassenen Partei in seine Akten eintragen konnte, sind seine Förderer und Freunde etwas hartleibig und dünnhäutig geworden. Alle Berufe und Stände sind so ziemlich abgeknorrt, niemand ist mehr etwas zu holen; da ist Herr Rektor R. Weckert, einen kräftigen Fischzug nach seinen Kollegen, den Rektoren und Lehrern, zu unternehmen, um sie für den überberufenen Reichsverband einzufangen. Er verleiht ein Zirkular, das uns in zahlreichen Exemplaren vorliegt, und das in bitter weinerlichem Tone also lautet:

„Sehr geehrter Herr Kollege! Die letzten Reichstagswahlen haben die Größe der sozialdemokratischen Bewegung in erschreckender Deutlichkeit gezeigt: nicht weniger als 1/4 Millionen Stimmen wurden für diese Partei abgegeben. Damit wird die Sozialdemokratie zu einer alles beherrschenden Macht. Schon ist das Bürgerium in unseren großen Städten, soweit die Vertretung zum Reichstag in Betracht kommt, an die Wand gedrückt. Berlin, Breslau, Stettin, Hamburg, Bremen, Dresden, Frankfurt a. M. und viele andere Städte haben sie in ihren Händen.“

Die Vertreter von Industrie und Handel finden ebenfalls keinen Platz mehr in der Volksherrschaft. An ihre Stelle sind auch die Abgeordneten des verantwortungslosen Proletariats getreten.

Handwerker und kleine Geschäftsleute sind ihnen auf Gnade oder Ungnade überliefert. Sie werden gezwungen, in ihre Verbände einzutreten und hohe Beiträge in ihre Kassen zu zahlen. Tun sie es nicht, so trifft sie der Boykott, und da sie den größten Teil ihrer Kundenschaft unter den Arbeitern haben, sind sie damit wirtschaftlich ruiniert. So macht sich überall im wirtschaftlichen Leben die brutale Gewalt der Sozialdemokratie geltend. Geht diese Entwicklung so weiter, dann wird in nächster Zukunft die Masse die Herrschaft vollständig in Händen haben. Massenherrenschaft ist aber für ein Land immer noch der Verderb gewesen. Dort bringt nicht der Einzelne seine Meinung und seinen Willen zum Ausdruck, sondern einige wenige Führer — besser Verführer, denn soanlich folgt die große Mehrzahl immer den größten Köchern, die sich nicht scheuen, die zerfallende Lauge ihrer entstellenden Art in ganz gewisfenloser Weise über alles auszufüteln.“

Es geht ein wenig turbulent durcheinander in dem rektorischen Schreiben. Der Einzelwille kommt nicht mehr zur Geltung, sondern der schreckliche Massenwille, aber dieser Massenwille ist wieder der Einzelwille der Führer — da kenne sich der Teufel aus. Der hat dann an

Aus dem Reiche der Technik.

Zugbremsung durch elektrische Wellen. Aus London wird dem „Tag“ gemeldet: Eine Anzahl von Sachverständigen unternahm auf der von Birmingham nach Stratford an Aston führenden Eisenbahnlinie verschiedene Versuche mit dem „Railo-vone“-System des in Birmingham ansässigen Erfinders Herrn v. Cramer. König Georg wurde durch ein drahtloses Tele-gramm, das von einem in voller Fahrt befindlichen Zuge ab-geleitet worden war, von diesen Versuchen unterrichtet. Neben-liche gut verlaufene Versuche sind vor längerer Zeit durch die Telefunken-Gesellschaft in Berlin ausgeführt worden. In einem Aufsatz „Eisenbahnsignale durch drahtlose Telegraphie“ (vom 6. Februar 1911) ist auch in der „Frankfurter Zeitung“ über ähnliche Experimente berichtet worden. Bei den Versuchen nun, die am letzten Freitag auf der englischen Bahnstrecke angestellt wurden, hatte der bekannte Elektriker Professor Silvanus P. Thompson es übernommen, das wichtigste Ex-periment auszuführen, nämlich einen Zug durch von einer Signalfstation ausgehende elektrische Wellen zum Halten zu bringen. Die Lokomotive war mit dem Apparat des Erfinders ausgestattet und fuhr mit Vollampf die Strecke entlang. Prof. Thompson drückte auf einen Knopf, und wenige Sekunden später zeigte das freis-ehende Geräusch der Räder an, daß die elektrischen Wellen die Bremsen des Zuges in Tätigkeit gesetzt hatten. Dieser hielt ohne jedes Zutun des Zugpersonals. Ein Zug, der ein Ortschaften überfahren hatte, wurde zum Stehen ge-bracht, sobald er sich der gefährdeten Zone näherte. Später wurde auf der Strecke ein Güterzug abgelassen, dem auf dem-selben Geleise ein Schnellzug folgte. Ein Zusammenstoß schien unvermeidlich, aber ein Druck auf einen elektrischen Knopf in der Signalfstation stoppte beide Züge, ohne daß ihre Führer wußten, weshalb. Dasselbe Experiment wurde mit zwei Zügen, die sich von entgegengesetzten Richtungen in voller Fahrt näherten, ausgeführt. Herr von Cramer ist der Meinung, daß sein System nicht etwa die gegenwärtigen Sicher-heitsvorkehrungen ersetzen, sondern sie ergänzen sollte.

Chemisch unangreifbare Eisenlegierung. Man schreibt uns: Zur Herstellung von Gegenständen, die gegen Säuren widerstandsfähig sein sollen, ist unter anderem bereits eine Eisenlegierung mit einem bestimmten Chromzusatz vorge-schlagen worden. Zeräugte Legierungen besitzen aber keine-wegs immer eine genügende Säurebeständigkeit, auch nicht bei erheblichem Gehalt an Chrom, und werden schließlich doch ange-

griffen. Neuerdings hat nun der bekannte Metallurge Professor Vorchers (Nachen) festgestellt, daß sich gegen Säure völlig widerstandsfähige, mechanisch aber noch sehr gut bearbeitete Legierungen gewinnen lassen, wenn man Kohlenstoffreien oder nur wenig Kohlenstoff enthaltenden Eisen-Chrom-Legierungen (die mehr als 10 Prozent Chrom enthalten) noch einen Zusatz von 2 bis 5 Prozent Wolframbän gibt. Eine Legierung, die nur 35 Prozent Eisen, dagegen 60 Prozent Chrom (1) und noch wenig Wolframbän enthält, war sogar in siedendem Königswasser voll-kommen unlöslich und hatte dabei die Festigkeit von Guße-isen, ließ sich auch wie dieses bearbeiten! In ähnlicher Weise sollen Zusätze von Titan und Vanadin wirken, wenn auch nicht so günstig wie Wolframbän.

Wissenschaft.

Wie stark muß der Strick sein, wenn man sich erhän-gen will? Eine sehr dröckige Frage, die noch Veranlassung gab, daß man sie wissenschaftlich nachprüfte. Dominicus hat mit Hilfe eines Dynamometers festgestellt, daß ein vom Erdboden in die Höhe gehobener Hund 23 Kilogramm wog, als man ihn aber erhängte, wog er 47 Kilogramm. Die Versuche sind an verschiedenen Tieren vorgenommen worden und stets ergab sich, daß das Gewicht erhängter Tiere größer war, als dasjenige emporgelobener. Diese Steigerung des Gewichtes hängt, nach de Dominicus, mit den Bewegungen und Zuckungen Erhängter zusammen. Der Forscher weist auf Grund seiner Beobachtungen darauf hin, daß beim Erhängen von Menschen schwere Verletzungen entstehen können, die man dann an der Leiche gewahrt und die Veranlassung geben können, daß Mord vorliegt. de Dominicus weist darauf hin, daß solche Verletzungen entweder gar nicht, oder doch nur sehr selten dann entstehen werden, wenn man einen Menschen, nachdem man ihn vorher tödelt, aufge-hängt hat. Beim Erhängen kommt es natürlich vor allem darauf an, daß der Strick oder die Schnur hält. de Dominicus gibt hier dem Kriminalisten einen weiteren Fingerzeig durch den Hinweis, daß eine Leiche erst dann aufgehängt wurde, wenn man sie in einer Schlinge vorfinden, deren Zugfestigkeit das Gewicht des Körpers nicht wesentlich übertraf.

Fliegenfeindliche Farben. Die Fliegen vermeiden aus-gesprochenemassen die Zimmer, deren Wände mit Tapeten von blauer, violetter, dunkelbrauner oder zitronengelber Farbe bedeckt sind, wie Dr. L. D. Goward, eine bekannte amerikanische Autorität auf dem Gebie-der Gesundheitspflege, in Bestätigung der Versuchsresultate

eines französischen Gelehrten durch zahlreiche Versuche festgestellt und in seinem Buche „The House Fly“ der Öffentlichkeit bekannt gegeben hat. Um die Frage der Stellung der Hausfliege zu der Farbe der Tapeten zu entscheiden, sperrte Dr. Goward einen Schwarm Fliegen in eine Kiste, deren Wände mit Papierstücken verschiedener Farbe beklebt war. Er konnte dabei beobachten, daß die Fliegen sich mit Vorliebe auf den hellgrünen, rosa, hell-gelben, dunkelgrünen, dunkelroten, weißen und schwarzen Papier-streifen niederließen, während sie die dunkelgelben, roten und orangefarbenen minder bevorzugten und die blauen, blautioletten, dunkelbraunen und zitronengelben gänzlich mißließen. Der amerikanische Gelehrte rät deshalb, sich zur Vertreibung der Fliegen die fliegenfeindlichen Farben nutzbar zu machen und empfiehlt ferner als ebenso einfaches wie probates Mittel im Kampf gegen die Fliegenplage das Lorbeeröl, das die Schlächter in Benz zum Schutze ihrer Fleischvorräte vor den Fliegen verwenden.

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 39. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Reorganisation des Parteivorstandes. Von G. Ledebour. — Der improvisierte Bruch. Von R. Kautsky. I. — Jean Jacques Rousseau. (Zur zweihundertjährigen Ge-burtsfeier seiner Geburt am 28. Juni 1712.) Von Henriette Kolan-Hoff. II. (Schluß). — Der Weg des Weltkristalls. Von Kurt Peinzig. — Literarische Rundschau: Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der schweizerischen Demarbel. Von Johannes Heiden. — Heftschiffen.

Feuilleton Nr. 52: Stillentwicklung und Klassen-scheidung. Von W. Zimmer. — Tolstois Briefe. Von Diefen-bach. — Bücherchau: Arthur Böschling, Bismarck und das päpstliche Rom. Erich Brandenburg, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches. Franz Star-rosson und Robert Nespital, Lutenhufen. — Lose Blätter: Zur Tierpsychologie. Von Ernst Meyer.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

schonend auch Wale gestanden bei der „Ausübung“ der Scherisse, die die Massenherkunft der Sozialdemokratie in England, Frankreich, Australien und Amerika herbeigeführt hat, die aber zu albern sind, als daß wir unsern guten Raum an die Wiedergabe verschwenden möchten. Die Zeremonie geht dann wie folgt weiter:

„Der sehr Vaterland lieb hat, kann dem durch die Sozialdemokratie herbeigeführten Zeremonienprozeß nicht müßig zusehen. Er muß helfen, die rote Flut einzubändigen. Nach ihm ist es möglich; denn unter den 1 1/2 Millionen, die ihre Stimme für einen Sozialdemokraten abgegeben haben, befinden sich viele Miläuser, die sich lediglich wegen mangelnder Verärgerung dieser Partei zugewandt haben. Der tiefere Grund liegt aber in mangelnder Vaterlandsliebe, im Mangel an Pflichtbewußtsein und in dem Verkennen der wahren Ziele der Sozialdemokratie.“

Da ist es Pflicht jedes nationalen Mannes, die schlafenden Gewissen zu wecken und das Volk aufzuklären über die Staatsgefährlichkeit der Unzufriedenheit.“

Nun folgt ein Kapitel über die sittlichen Gefahren, die durch die Sozialdemokratie über unser Vaterland heraufbeschworen werden; es schließt wie folgt ab:

„Durch diese planmäßige Verhöhnung hat es die Sozialdemokratie allmählich dahin gebracht, daß die besten Söhne unseres Volkes sittlich vollständig faul und ephemer sind. Nicht zum wenigsten hat sie das bei einem großen Teil der Großstadtjugend erreicht.“

Deshalb ist es Pflicht jedes Deutschen, sich dem Kampfe gegen diese Volksverderberin anzuschließen. Vor allen Dingen haben wir Lehrer die Pflicht. Nach Jahre lang haben wir an den Kindern gearbeitet, ihnen unsere Ideale nahezubringen — und Freude am Schönen und Guten in ihnen zu wecken. Und sie waren so leicht empfänglich dafür, denn die Jugend will nicht hassen, will lieben, will bewundern und sich begeistern. Mit offenen Herzen entlassen wir sie so ins Leben, trübend, daß sie glückliche und zufriedene Menschen werden. Die Sozialdemokratie aber gießt Gift in ihre Herzen, weckt Neid und Haß in ihnen. Haß auch auf die, die sie fast ein Jahrzehnt sorgsam behütet und geführt haben.“

Der Herr Rektor Wein, der dieses Zirkular verantwortlich zeichnet, hat seine Nase noch niemals in die organisatorische und Bildungsarbeit der Sozialdemokratie gesteckt, ja nicht einmal die Artikel ernsthafter Gegner der Sozialdemokratie über ihre Tätigkeit gelesen. Denn sonst hätte er sich gefreut, solche Entstellungen zu verantworten; sonst hätte er gewußt, was die Sozialdemokratie jahraus jahrein an stiller Bildungsarbeit durch Volksvorstellungen, Vorkonzerte, Unterrichtskurse, wissenschaftliche Vorträge, Verbreitung guter Jugendliteratur, die vom Hamburger Lehreraussschuß geprüft ist, leistet. Sonst hätte er gewußt, daß seine eigenen Kollegen vom Jugendchriftenausschuß, als sie noch keine andere Unter-
stützung hatten, sich das Heim der Breslauer Sozialdemokraten als Ausstellungsort für Schriften zur Bekämpfung der Schundliteratur in Breslau aussuchen mußten, und dort gastfreundlich und unentgeltlich aufgenommen wurden. Hätte er einmal Urteile Sombarts, Naumanns, Wagners und hundert anderer über die Erziehungsarbeit der Sozialdemokratie gelesen, dann hätte er sich die Beleidigungen der sozialdemokratischen Führer gespart, denen er „teuflischen Jynismus“ und ähnliche Pädagogen-Lebenswürdigkeiten an den Kopf wirft. Zulezt kommt der Appell an den Geldbeutel:

„Auch in Breslau besteht eine Ortsgruppe des Verbandes, der nationale Männer aller Parteien angehört; sie geben die sicherste Gewähr für eine erfolgreiche Arbeit. Darum möchte ich Sie, geehrter Herr Kollege bitten, treten Sie dem Reichsverband bei und helfen Sie in unserer vaterländischen Arbeit. — Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß der Reichsverband über den Parteien steht, und daß er nicht ein Anhängel irgend einer Partei ist.“

Noch einmal bitte ich Sie: Kommen Sie! Denken Sie nicht, ein Mitglied mehr oder weniger, darauf kommt es nicht an, und ich gewinne doch keine weiteren Mitglieder. Die nationale Not ist groß; da müssen wir Männer haben, die uns nicht nur mit dem Herzen zustimmen, sondern die den ersten Willen zur Tat haben, Männer, die sich nicht in behaglichen Optimismus einlassen, Männer, die sich von engherziger Parteilichkeit zu einer höheren, zur nationalen Werte erheben können, Männer, die bereit sind, freudig für ihr Vaterland in die Reihe zu treten.“

Darum schlagen Sie ein und seien Sie unser Kampfsgenosse!

Ich bitte Sie, mir Ihre Zusage recht bald mitzuteilen.“

Mit kollegialem Gruß
Ihr ergebener

A. Wein, Rektor, Breslau XII, Hermannstraße 7.

Aus den Lehrgeschäften soll sich der Geldsack des Reichsverbandes füllen und zwar nicht zu knapp. Denn der Zirkular ist eine an Herrn Wein adressierte Postkarte beigegeben, durch deren Unterschrift die Lehrer ihren Beitritt auf fünf Jahre zu erklären haben, von 1912 bis 1916! Der Reichsverband hat die Erfahrung gemacht, daß die durch einen jenseitigen patriotischen Druck gewonnenen Mitglieder nach einem Jahre ausziehen wie Schafschäfer, deshalb werden sie jetzt gleich auf fünf Jahre — warum nicht lebenslanglich? — gebunden. Allerdings mit zweifelhaftem Erfolge. Die Lehrer haben zu einem ziemlich Teil die freundschaftliche Einladung an die „Volkswacht“ und die Führer der Breslauer Sozialdemokratie weitergegeben, mitunter mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen über den Rektor Wein und seine berufliche Tüchtigkeit. Rechnen wir zu unseren Exemplaren die vielen anderen, die im Papierkorbe verschwand, so können wir Herrn Wein zuverlässig prophezeien, daß seine Bemühungen nur einen sehr bescheidenen Erfolg zeitigen werden.

Die „läblichen“ Arbeitswilligen und die „verabschämungswürdigen Terroristen“.

Breslau marschiert im Arbeitswilligenmarsch an der Spitze. Die lieben Arbeitswilligen werden behandelt wie die weichen Eier. Drei organisierte Arbeiter fanden am Mittwoch wieder vor dem hiesigen Schöffengericht und zwei wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Gegen den Arbeiter August Perside verhängte das Gericht zwei Wochen Gefängnis, weil er zu dem Arbeitswilligen Eugen Mierau gesagt hatte: „Schäm dich nicht, den Streikbrecher zu machen!“ Der Maurer Josef Erbe aus Nachschönan soll auf eine

Woche ins Gefängnis. Er soll den Arbeitswilligen Maurer Gustav Ripke befristet haben durch die Worte: „Arbette, wo du willst, nur nicht bei Rüdiger“. Der Amtsgerichtsrat Englisch, der den Genossen Perside verurteilte, sprach sogar vom „läblichen Tun“ der Arbeitswilligen, die einen Anspruch auf den nachdrücklichsten Schutz der Gerichte hätten. Der Anklage gegen Perside lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

In der Woche vor Pfingsten 1912 legten die bei der „Schlesischen Montangesellschaft“ in Gräbchen beschäftigten Lagerarbeiter die Arbeit nieder, um einen Lohnzuschlag zu erreichen. Die Fabrikleitung bemühte sich natürlich, Arbeitswillige heranzubekommen, zu denen auch der Arbeiter Eugen Mierau gehörte. Die Polizei sorgte für die liebevollste Bewachung der Arbeitswilligen. Es wurde ein besonderes polizeiliches „Arbeitswilligenbewachungskommando“ eingerichtet. Die dazu befohlenen Schutzwachen mußten die Arbeitswilligen von und zur Arbeitsstelle begleiten. Eines Abends trat der am Streik beteiligte Kollege Perside an den Arbeitswilligen Mierau heran und sagte zu ihm: „Zieh mal, ich bin Familienvater und viele andere am Streik beteiligte Kollegen auch. Und nun kommst du und machst uns unseren schweren Kampf um einen höheren Lohn zum Scheitern. Ueberlege dir doch einmal die Sache ernstlich!“ Mierau erklärte dem Angeklagten, er werde nächsten Sonnabend mit der Arbeit aufhören. Als Perside später merkte, daß Mierau gar nicht daran gedacht hatte, sein gegebenes Wort einzulösen, sagte er in seiner begehrlichen Erregung: „Schäm dich nicht, den Streikbrecher zu machen!“ Dafür wollte der Amtsanwalt den Arbeiter aus § 153 der Reichs-Gewerbeordnung mit einer Woche Gefängnis bestrafen lassen. Rechtsanwält Baumann beantragte die Freisprechung des Angeklagten, oder, wenn diese nicht möglich ist, Bestrafung wegen einfacher Verleitung aus § 185 des Strafgesetzbuches, der auch Geldstrafe zuläßt, während das bei Anwendung des § 153 der Reichs-Gewerbeordnung nicht möglich ist. Das Gericht verurteilte Perside wegen einfacher Verleitung wider Erwarten zu 1 1/2 Tagen Gefängnis! Also zu einer doppelt so hohen Strafe, als die der Amtsanwalt wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung beantragt hatte!

Der Maurer Josef Erbe aus Nachschönan traf am 29. April 1912 auf einem Feldwege zwischen Jaungarten und Mochowitz mit dem Maurer Gustav Ripke zusammen, der bei der für organisierte Arbeiter damals gesperrten Kaufmanna Mäbner in Domslau arbeitete. Ripke wollte auf seinem Wege zur Arbeitsstelle fahren. Als er den Angeklagten Erbe, den er schon seit Jahren kannte, auf dem Wege sehen sah, stieg er von selbst vom Rade. Erbe ersuchte ihn in angemessener Form, bei Rüdiger nicht mehr weiterzuarbeiten. Das war alles, was sich auf dem Feldwege zutragen konnte. Die läbliche Anklage wegen Gewerbevergehens ließ nicht lange auf sich warten. Vor dem Schöffengericht (Der Vorsitzende war hier Amtsrichter Dronoff) befragt Erbe jede Schuld. Der Staatsanwalt sprach viel von „Verhinderung der persönlichen Freiheit“, „Verletzung zum Abstreifen vom Rade“ usw. Rechtsanwält Baumann wies darauf hin, daß der Fall insofern äußerst mild liegt, weil der Angeklagte nicht ein verbrechliches Wort über seine Lippen gebracht hat. Ripke mußte sich fünden, daß sich Erbe sehr ruhig benommen hat. Schließlich muß auch berücksichtigt werden, daß der Angeklagte dem Arbeitswilligen als guter Bekannter gegenüberstand. Der Amtsanwalt beantragte vier Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Woche Gefängnis. Der Vorsitzende meinte in der Verhandlung des Urteils: „Es handelt sich hier um ein Verabschämungswürdiges Verbrechen.“ Die Gerichte müssen den Leuten (gemeint sind die Arbeitswilligen) helfen.“

Der Hauskötter Heinrich Koterba, der sich am Streik der Transportarbeiter beteiligte, mußte wegen unzureichender Beweise von der Anklage des Gewerbevergehens auf Seiten der Staatsanwaltschaft freigesprochen werden. Er soll am 25. März 1912 gegen 7 Uhr abends auf der Wallstraße den Arbeitswilligen Flor durch Drohungen und Scherereien zum Weitergehen einer Karre zu bestimmen versucht haben. Der Polizeiwachmeister Hermann Kalle will den Angeklagten gleich nach dem Vorfall auf der Wallstraße notiert haben. Koterba erklärte, von der Sache nichts zu wissen. In diesem Tage und um diese Zeit ist er vom Gewerkschaftshause auf die Wallstraße mit dem Kollegen Paul Stief gegangen; unterwegs hatte er jedoch die Wallstraße nicht berührt. Stief bestätigte alle Angaben des Angeklagten. Der Amtsanwalt hielt trotzdem den Angeklagten als „läblich überführt“ und beantragte 30 Mark Geldstrafe. Rechtsanwält Baumann wies auf den unüberbrückbaren Gegensatz der Aussagen hin. Der Angeklagte ist um 8 Uhr abends mit dem Kollegen Stief aus dem Gewerkschaftshause fortgegangen. Er kann also unmöglich der Mann gewesen sein, den der Wachmeister Kalle um 7 Uhr auf der Wallstraße aufgeschrieben haben will. Zudem kann sich ja sehr leicht ein Fremder als Heinrich Koterba bezeichnen haben. Es muß auch hervorzuheben werden, daß der Arbeitswillige Klar vor Gericht endlich erklärte: „Ich kenne den Angeklagten nicht mit Sicherheit als den wieder, der mich zum Weitergehen der Karre aufgefordert hat. Das Gericht sprach den Angeklagten frei; Vorsitzender war Gerichtsassessor Löwe.“

Es muß immer von neuem betont werden, wie ungeheuerlich unsere Gesetzgebung ist, die es verlangt, daß frache Arbeiter ins Gefängnis geworfen werden, die im Kampfe um höheren Lohn ihren größten Feinden im eigenen Lager etwas zu nahe treten. Die „läblichen“ Arbeitswilligen lassen sich ohne weiteres die Vergrüßlichkeiten gefallen, die von ihren organisierten Klassenossen mit großen Mühen und Opfern erzwungen werden; aber wer sie vielleicht unsanft an ihre Pflicht gemahnt, besser für Weis und Kind zu sorgen, den lassen Polizei, Staatsanwalt und Gericht am Kragen und bringen ihn gar schnell hinter Schloß und Riegel! Der Feigling und Verleumdung sonst im bürgerlichen Leben als zerastchurzwürdig; wo indessen der heilige Profit des Unternehmers auf dem Spiele steht, da wird das trübselige Zusammenhalten zum Verbrechen gestempelt und das nichtsnutzige Schmarotzertum in den Himmel gehoben. Trotz alledem wird der Kampf weitergehen und keinen Augenblick ins Stocken geraten.

Es gibt keine Milch!

Alle Vezte sind darin einig, daß die Milch nicht nur ein wichtiges Nahrungsmittel ist, sie sagen auch, daß nichts mehr als die Milch geeignet ist, den schädlichen Cholera zu bekämpfen. Anders denken darüber noch manche Gafwirte, die offenbar ihren Unter-
gang vor Augen sehen, wenn sie nicht täglich große Mengen von Schnaps an den Mann bringen. Auch in Breslau und seiner Umgegend trifft man Gastwirte genug, die Wohl für Korn und Bier sorgen, hoch von Milch und Limonade am liebsten garrnichts wissen wollen. Von einem Wer unseres Blattes wird uns zur Frage des Milchschand in den Gastwirtschaften geschrieben:

„Am vorigen Sonnabend kam ich mit einem Freunde, dessen 14-jähriger Tochter und einer 17-jährigen Verwandten von uns auf die Schwedenschänze und bestellte für die beiden Mädchen ein Glas Milch. Die haben wir nicht“, war die kurze Antwort. Als ich darüber meine Verwunderung aussprach, er-

widerte einfach das Fräulein in der Ausschankkubik: „Wie sollen wir das machen?“ Also es soll nicht möglich sein, auf der Wiege der Schwedenschänze, wo besonders die armen Männer und Frauen mit ihren Kindern rasten, Milch auszuschenken! Kommt der Ausflügler heut ins Gebirge, auf den Jochen, ja auf die Schneekoppe, so erhält er für Geld alles, was sein Herz begehrt, auch Milch. Nicht vor Breslau auf einem Hügel wird man kurz abgewiesen. Es sollte doch dem Wert begrifflich gemacht werden, daß er Milch ohne weiteres zu führen hat. Wenn Frauen und Kinder den weiten Spazierweg auf die Schwedenschänze zurückgelegt haben, dann können sie gewiß mit Recht verlangen, das Getränk zu bekommen, das ihnen am besten zusagt. Der Sommer ist noch lang; es darf deshalb wohl erwartet werden, daß der Wert der Schwedenschänze auch die Milch in die Liste seiner Getränke endlich aufnimmt.“

Wir können diesem Wunsche nur zustimmen, und müssen es als höchst sonderbar bezeichnen, daß auf der Schwedenschänze keine Milch zu haben ist. Seit Jahren bemüht sich in Breslau eine gemeinnützige Gesellschaft, das Milchtrinken immer mehr einzubürgern; sie hat in allen Stadtvierteln Milchhäuschen errichtet, die vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung unterstützt werden. Da heißt es sicherlich nicht zu viel verlangen, wenn ein Gastwirt auch Milch verkaufen soll. Die Schwedenschänze ist städtisches Grundeigentum, der Wächter ist der Gastwirt Jahn. Wenn dieser Herr nicht selbst einsehen sollte, was seine Gäste für Geld und gute Worte zu fordern haben, so müßte ihn der Magistrat recht bald eines Besseren belehren.

Die Gemeinden gegen die Lebensmittelverteuerung.

In einer größeren Anzahl von deutschen Städten, vor allem dort, wo Arbeiter in der Stadtverordnetenverwaltung sitzen, wurden im vergangenen und in diesem Jahre Maßnahmen gegen die Lebensmittelverteuerung ergriffen. Hierüber sind Erhebungen angestellt worden. Die „Zus.“ berichtet:

Es haben insgesamt 73 Städte sich genötigt gesehen, Maßnahmen im Interesse der Bürger zu ergreifen. Zum Teil beschränkten sich diese Maßnahmen auf die Verbesserung der Versorgung mit Getreide, durch die dem Fleischmangel abgeholfen wurde. Auf dem Gebiete der Fleischversorgung sind nur vereinzelt Maßnahmen getroffen worden. So zum Beispiel wurden Rotationskommissionen in Augsburg, München, Stettin und Stuttgart eingerichtet. Ferner wurden regelmäßig die Groß- und Kleinhandelspreise veröffentlicht. Es ergab sich daraus, daß die Preise durch den Zwischenhandel ungeheuer in die Höhe geschraubt wurden, während der Landwirt verhältnismäßig sehr geringe Preise für seine Ware erzielte. Ein Fleischmangel bestand nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen. Die Höhe der Fleischpreise war ausschließlich durch die ungeheuren Zwischenverdienste beim Groß- und Kleinhandel bedingt. Manche Städte führten Verhandlungen mit den Schlachtern zur Verringerung der Fleischpreise. In einer Stadt beabsichtigte die Verwaltung, den Fleischverkauf zu normalen Preisen vorzunehmen, woraufhin die Preise beträchtlich sanken. Eine Stadt leugnet direkt, daß eine Teuerung besteht, und von manchen anderen Städten wird die Teuerung als nicht empfindlich bezeichnet.

Der Bericht ist offenbar sehr zugunsten der Agrarier gefärbt. Hoffentlich läßt ein amtlicher Bericht nicht zu lange auf sich warten. In Breslau ist es leider zu allgemeinen städtischen Maßnahmen gegen die Lebensmittelverteuerung nicht gekommen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragten einen städtischen Fleisch- und Kartoffelverkauf, aber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung lehnten es ab, dadurch der Not zu steuern.

Reichswe. bandsflugblätter in der Univer-

verität. Damit der Kampf gegen die „ordnungsfeindliche“ Sozialdemokratie recht gründlich geführt werde, hat der Reichsverband mit seinem neuesten Flugblatt über die sozialdemokratischen „Ausbreitungen“ in den Parlamenten auch die Breslauer Universität nicht verschont. Wie uns mitgeteilt wird, ist dieses Flugblatt in der Universität verteilt und am schwarzen Brett ausgehängt worden. Freund eine Wandsternerei scheint wohl dem oben Geschriebenen in die Hände der studierenden Jugend den erscheinenden Eingang verschafft zu haben. Nun, wir werden nicht verfehlen, unser nächstes Flugblatt auch vor den Türen der Universität zu verteilen.

Wer hat Lust, Aquiliter der Straßburger Krankenkasse zu sein?

Vor dem Kaufmannsgericht lagte ein Mann gegen diese Kasse auf Zahlung eines Monatsgehalts von 120 Mk. Der Kläger ist aus Schwabing, ein gelernter Feilwerk; er hat seinen Beruf wegen seiner Krankheit (hochgradiges Lungenleiden) aufgeben müssen. Um wenigstens etwas zu verdienen und seine Familie nicht hungern zu lassen, meldete er sich beim hiesigen Vertreter der Kasse, Herrn Stegemeyer, als Aquiliter. Wie der Kläger vor Gericht angab, hat er es abgesehen, auf Provision zu reisen; er verlangte ein festes Einkommen, weil er mußte, daß für eine auswärtige Kasse nicht gerade gute Geschäfte zu machen sind. Er war nur für die Kasse zwei Monate tätig und gewann nach seiner Angabe 37 Mark, für die er ganze 16,80 Mk. erhielt. Damit war er nicht zufrieden. Der Beklagte behauptete, es wären nur 29 Mark, 9 Personen hätten die Aufnahme als Mitglied abgelehnt. Er bezogte von der Zentrale auch keinen großen Gewinn und könne deshalb keine Gehälter zahlen. Der Kläger führte noch an, daß er unterwegs kein Geld hatte und seine Uhr verpfänden mußte, um die Zechen bezahlen zu können. Vorwärts wollte der Beklagte auf der Reise nicht geben. Der Kläger behauptete ferner, gegen ein Monatsgehalt von 120 Mk. angestellt worden zu sein, denn auf Provision hätte er die Zentrale nicht angenommen. Leider konnte der Kläger den Beweis dafür nicht liefern. Auf Zureden des Vorsitzenden entschloß sich Herr Stegemeyer, auch 20 Mark zu zahlen, womit der arme Mensch einverstanden war. Wer für solche Kassen tätig sein will, sollte sich die Bedingungen schriftlich geben lassen; am besten ist es, man läßt sich mit ihnen gar nicht ein. Noch weniger können wir empfehlen, Mitglied einer solchen Kasse zu werden und Beiträge zu zahlen.

Die schlesischen Oberversicherungsämter, die an Stelle der bisherigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung über die Renten der Arbeiter als Berufungsgericht zu entscheiden haben, haben folgende Direktoren erhalten: Das Oberversicherungsamt in Breslau den Regierungsrat Koppel aus Posen, das Oberversicherungsamt in Liegnitz den Regierungsrat Megeborn aus Oppeln, beide unter Beförderung zu Oberversicherungsämtern, und das Oberversicherungsamt in Oppeln den Oberregierungsrat Dr. Werner.

An unsere Leser! Der „Wahre Jakob“ erscheint von der Nr. 15 an eine Woche früher, so daß also diese Nummer schon am 12. Juli ausgegeben wird. Im übrigen wird der „Wahre Jakob“ wie bisher 14 tiglich geliefert.

Die Maul- und Klauenseuche ist jetzt in der näheren Umgebung von Breslau fast erloschen; der Polizeipräsident hat deshalb die Befreiung vom 17. Oktober 1910 über das Verbot des Treibens von Kindern, Schweinen und Schafen in den Straßen Breslaus wieder aufgehoben.

Gaugelder für das neue Gewerkschaftshaus sind von Privaten im Monat Juni neu angelegt worden. Das ist eine überaus erfreuliche Summe, umfomehr als noch weitere Beiträge in Aussicht gestellt wurden. Sie genügt jedoch bei weitem nicht, um alle Verpflichtungen, die ein würdiger Ausbau uns bringt, zu erfüllen und es werden deshalb noch viel Freunde gesucht, die ihre Sparbeiträge beim Gewerkschaftshaus reichlich und sicher anlegen.

*** Etwa 400 Vertreter** sind im Jahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau am nächsten Montag zu wählen. Diese Wahl ist notwendig geworden, nachdem die neuen Satzungen vorschreiben, daß die gewählten Führer in den Versammlungen aus Vertretern der männlichen und weiblichen Mitglieder zu bestehen haben. Die Mitglieder werden wiederholt ersucht, pünktlich um 8 Uhr abends zu erscheinen; die Frauen sind besonders eingeladen, da ihre Vertreter auch im Jahlabend (nicht im Frauenabend) gewählt werden. Nur Mitglieder haben Zutritt; als Ausweis dient das Mitgliedsbuch.

*** Das Eisenbahn-Unglück.** Der Vorsitzende des Staiflubs „Tournee“, Bureaugehilfe Georg Stäpche, der seinen schweren Verletzungen erlegen ist, wird heute nachmittags um 3 Uhr auf dem Döwitzer Friedhof beerdigt. Ein freundlicher Zug der Eisenbahn-Direktion ist es, daß der Präsident gestern den Hinterbliebenen der Getöteten Beileidschreiben und Kränzpanden überreichen ließ.

*** Der Breslauer Arbeiter-Radfahrer-Verein** (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“), veranstaltete am Sonntag sein diesjähriges Sommerfest im Kaiser-Friedrich-Park zu Rindau. Eingeleitet wurde das Fest durch einen schönen Vortrag von Nikolaibach aus durch die Hosenstraße und die Franzfurterstraße nach dem Kaiser-Friedrich-Park. Im zweiten Kongreßteil der Rüstlerschen Kapelle hielt der Kapellmeister des Vereins Herr Wiesmann an die Festteilnehmer eine längere Ansprache, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Auch die Kinderbefestigungen sind dankbar anerkannt worden, sodaß man wohl sagen kann, das Fest hat allgemein befriedigt. Allen denen, die es mit verfeinert halten, sei an dieser Stelle noch bestens gedankt. Obwohl sich der Himmel vormittags recht trübe zeigte, und kurz vor dem Corso ein Regenschauer herüberzog, hielten die Besucher wacker aus und trennten sich erst in später Stunde.

*** Die Sommerferien** haben heute Donnerstag in den Schulen begonnen. Auf den Bahnhöfen herrschte schon in den Vormittagsstunden ein lebhafter Reiseverkehr.

*** Ein fünfzehnjähriger Verbrecher.** Am Nachmittag des 8. Juni d. J. entstand auf der Kupferschmiedestraße eine kleine Störung im Straßenverkehr. Ein Buchhalter, der dort unerschuldig einige Augenblicke stehen bleiben mußte, gewahrte plötzlich in der Gegend der linken unteren Westentasche, wo seine Uhr steckte, einen gelinden Druck. Als er nach seiner Uhr fühlte, war sie verschwunden. Ohne viel Zeit zu verjäumen, mußerte der Buchhalter scharf einen jungen Burschen, der neben ihm stand und ganz harmlos auf eine Zeitung seinen Blick richtete, die er in den Händen hielt. Bei näherem Zusehen gewahrte der Buchhalter, wie der junge Mann unter der Zeitung in der rechten Hand einen Gegenstand barg. Dieser Gegenstand war die Uhr, an der noch die kurze Kette, ein sogenannter Anhänger, befestigt war. Der Verfolgte stellte den Dieb zur Rede; der aber tat so, als verstände er kein Wort Deutsch. Der ganze Eindrud, den der junge Mensch machte, war überhaupt harmlos, so daß sich ein Generalagent K. veranlaßt fühlte, zum Buchhalter zu sagen: „Über beichtigen Sie doch diesen jungen Mann nicht des Diebstahls.“ Auf dem Polizeipräsidium, wohin der Buchhalter den Jungen sofort führte, kannte man diesen schon von früher her und auch im Verbrecheralbum war sein Bild vertreten. Es handelte sich um den Schneidbeseitiger Manuel Wiebelstein aus Kusland, der schon einmal im Warenhaus von Warasch bei einem frechen Taschendiebstahl abgefaßt und dafür mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden war. Der junge Mensch wurde am Dienstag dem Jugendgericht aus der Unterjuchungshaft vorgeführt. Der Anwalt beantragte neun Monate Gefängnis und wegen Rückkehr in ein Bundesgebiet, aus dem er schon einmal ausgewiesen worden ist, 2 Wochen Haft. Das Gericht fand keinen Grund, unter dieses Strafmaß herabzugehen und so blieb es bei 9 Monaten Gefängnis und zwei Wochen Haft. Gebeßert wird der junge Mensch sicherlich aus dem Gefängnis nicht herauskommen.

*** Arbeiter-Vertreter!** Freitag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Neulrich über die Vertreter der Arbeiter nach der Reichsversicherungsordnung. 2. Aus der Rechtsprechung. Der Obmann.

*** Gesperre Strafe.** Wegen Verlegung von Wasserrohren ist die Schubbrücke zwischen Ursuliner- und Burgstraße vom 1. Juli an auf drei Wochen gesperrt.

*** Der Kottlauf** unter den Schwellen des Klosters der Elisabethinerinnen, Antonienstraße 24/26 ist erloschen und die Sperre aufgehoben worden.

*** Töblicher Mord vom Dache.** Heute früh kurz nach 8 Uhr stürzte der auf dem Dach der Kaserne 6 am Bürgerwerber beschäftigte Dachdecker Gustav Frenzel insolge Fehltritts auf die Straße hinab, wo er mit schweren Verletzungen regungslos liegen blieb. Sofort herbeigerufene Samariter der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten erste Hilfe und schafften ihn mittels Krankenwagens der Feuerwehr ins Allerheilighospital. Hier starb Frenzel, der verheiratet, erst 26 Jahre alt ist und Vincenzstraße 20 wohnt, bereits bei der Entlieferung. Seine Leiche wurde ins Schauhaus geschafft.

*** Noch immer nicht ermittelt** ist die Frau, deren Leiche am 30. Mai in einem Durchschiff eines Bahndammes in Pöpelwitz gefunden wurde und die, wie es schien, das Opfer eines Selbstmordes gewesen ist. Kleiderreste, die an der Leiche gefunden wurden, liegen im Polizeipräsidium Zimmer 31/32 zur Ansicht aus.

*** Ein schwerer Straßenbahnunfall** ereignete sich am Mittwoch abend auf der Bismarckstraße. Der Schaffner des Anhängewagens eines kurz nach 8 1/2 Uhr vom Oberbahnhof nach dem Ring zu fahrenden Straßenbahnzuges wurde, auf dem Trittbrett stehend, zwischen Otto- und Wingenstraße von einem zu nahe an dem Straßenbahnzug vorbeifahrenden Fuhrwerk erfasst, heruntergerissen und auf das Straßenpflaster geschleudert, wo er mit schweren Verletzungen bestunungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in den Fluß des Hauses Bismarckstraße 22 getragen, man rief die Samariter der Feuerwehr herbei, die dem Verletzten die erste Hilfe leisteten und ihn mittels ihres Krankenwagens ins Allerheilighospital schafften, wo er heute vormittag noch nicht vernehmungsfähig war. Es handelt sich um den Neudorfstraße 88 wohnenden Straßenbahnschaffner Karl Meyer.

Hier ist wieder einer der gefährlichen Anhängewagen ohne Mittelgang einem Schaffner zum Verhängnis geworden. Um das Fahrgeld zu kassieren, mußten die Schaffner auf dem Trittbrett, halb in der Luft schwebend, hin- und herlaufen

und sind jeden Augenblick der größten Unfallgefahr ausgesetzt. Das Wohl der Straßenbahnangehörigen erfordert es, diese Anhängewagen sobald wie möglich gänzlich abzuschaffen.

*** Der alte Reichsflimm.** Am 2. Juli ist auf der Adalbertstraße eine Arbeiterin von dem Anhängewagen eines Straßenbahnzuges abgestiegen, während er noch in voller Bewegung war. Sie ist gestürzt und hat schwere innere Verletzungen erlitten.

*** Radfahrerunfall.** Als am Mittwoch nachmittags ein Radfahrer die Taschenstraße entlang fuhr, lief ein Hund (Foxterrier) laut bellend neben dem Radfahrer her. Sprang an ihm herauf und bis ihn mehrmals in ein Bein. Um das Tier loszuwerden, schlug der Radfahrer mit dem Fuße nach ihm, kam aber zu Fall. Seine Kleidung und das Fahrrad wurden arg beschädigt. Der Besitzer des Hundes verschwand, ohne daß sein Name festgestellt werden konnte.

*** Verloren** wurden drei Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Brosche, ein Trauring, eine mit Perlen besetzte Strammennadel, eine Dazzenhandtasche mit Inhalt und ein goldenes Kettenarmband.

*** Gefunden** wurden drei Portemonnaies mit Inhalt, drei Radfahrer, eine silberne Damenuhr mit Kette, bares Geld, eine silberne Brosche, ein Damenjackel, ein Paar schwarze Damenschuhchen, eine braune Reisetasche mit Inhalt, eine Damenhandschuh mit Inhalt und zwei Damenportemonnaies.

Aus dem Landkreise.

Achtung, Parteigenossen, Gewerkschafter! Der Gastwirt Robert Willert in Rosenthal hat vertraulich sein Lokal der Partei wie auch den Gewerkschaften zu allen Versammlungen zur Verfügung gestellt; hiermit sind sämtliche Lokale in Rosenthal frei.

Cosel. Vom elektrischen Strom getroffen. Gestern nachmittags in der vierten Stunde kletterte der sechs-jährige Sohn des Schiffbauers Garzig an einem Mast der Ueberlandzentrale in die Höhe. Er stieß mit dem Kopf an die Leitung, wurde vom Strom getroffen und stürzte mit schweren Brandwunden am ganzen Körper herab. In dem Mast befindet sich nicht nur eine Warnungstafel, er ist in zwei Meter Höhe auch mit Stacheldraht gesichert. Trotzdem war es dem waghalsigen Knaben möglich geworden, hinaufzuklettern. Mittels eines Automobils wurde er in das Kloster der Barmherzigen Brüder überführt. Der Fall möge auch anderen Eltern zur Warnung dienen und sie veranlassen, ihre Kinder eindringlich auf solche Gefahren aufmerksam zu machen.

Groß-Mochern. Bei den Gemeindevahlen im März d. J. versuchten auch die hiesigen Arbeiter einen der übrigen in die Vertretung zu entsenden. Sie hatten dazu umfomehr Veranlassung, als die bisherigen Vertreter nur die Interessen der Fabrik resp. der Milchkonsumfirma Scheffer wahrnahmen, besteht doch die Gemeindevertretung beinahe zur Hälfte aus Beamten resp. Arbeitern der Fabrik. Dieses Ansehen der Arbeiter war aber nicht nach dem Wunsche der führenden Vertreter und sie setzten alle Besel in Bewegung um die Wahl ihres Genossen zu verhindern, alle irgend abkömmlichen Beamten, Aufseher und Arbeiter wurden zur Wahl kommandiert. Aber auch der hiesige Partier war eifrig tätig, um die Wahl des Sozialdemokraten zu verhindern. Um nun die Wahl vollständig unmöglich zu machen, verlangte der Wahlvorsteher, daß an Stelle des ausscheidenden Nichtbestehers jetzt ein Besther gewählt werden müsse, da einer der amtierenden Vertreter inzwischen sein Beststum verkauft hatte. Dem von der Fabrik aufgestellten Kandidaten hatte die Firma schnell nach einem Morgen Ader verkauft. Dieses Verlangen des Wahlvorsehers hielten unsere Genossen für ungeschickt und beantragten den Genossen Klose, die Gültigkeit der Wahl anzusehen, umfomehr da auch der Gewählte nach ihrer Meinung kein Besther im Sinne der Landgemeindevorordnung war und weil außerdem verschiedene Verträge gegen die Wahlordnung vorgekommen waren, glaubten unsere Genossen auf die Ungültigkeitserklärung rechnen zu können. Der Kreisaustrich beschloß sich am Dienstag mit der Klage und beschloß unsere Genossen kostenpflichtig abzuweisen. Da der Wahlvorsteher mit Recht verlangte, daß nimmehr ein Besther gewählt würde, der andere Vertreter hatte durch den Verkauf tatsächlich seine Eigenschaft als Vertreter der Fabrik verloren. Der zweite Einwand, daß der Gewählte auch nicht den Anforderungen des Gesetzes entspricht, war ebenfalls unschlüssig, da es schon genügt, wenn man überhaupt Besther ist. Die anderen Einwände wurden als unerheblich nicht berücksichtigt. Es wird Sache der maßgebenden Instanzen sein, nun nach Eingang des schriftlichen Urteils zu prüfen, ob nicht Berufung gegen dieses Urteil einzulegen ist.

Neueste Nachrichten.

Zum Grubenunglück in Oberhausen.

Oberhausen, 4. Juli. Bald nach Bekanntwerden der Katastrophe versammelten sich ungezählte Scharen von Angehörigen der eingefahrenen Bergleute vor dem Unglücksort, um hier im dumpfen Schweigen die weiteren Nachrichten abzuwarten. Nach der Ansicht eines leitenden Ingenieurs ist die Explosion auf folgende Weise entstanden: Zwischen Flöz „Matthias“ und Flöz „Matthias“ wird ein senkrechter Aufbruch hergestellt, der schon bis zu 17 Meter Höhe geführt ist. In diesem Aufbruch ereignete sich die Explosion. Das Gas hatte sich in dem Gestein angesammelt und ist durch einen Sprengschuß entzündet worden. Die Explosion selbst hatte eine solche furthbare Kraft, daß sich die Wirtungen derselben selbst noch über Tage in einem dumpfen rollenden Tone kundgab. Daß die Grube schlagwetter- und Kohlenstaubfrei war, wurde erst kurz vorher durch eine Revision der Sicherheitssteue und Grubenbeamten festgestellt. Die Vorgänge unter Tage waren schrecklich. Eine Anzahl Bergleute wurden durch die immense Gewalt der Explosion fürchterlich zerrissen, während weitere durch die giftigen Rauchschwaden getötet wurden. Alle Bergleute an Ort wurden durch die Gewalt der Explosion zu Boden geschleudert. Sofort nach der Katastrophe führten die Rettungsmannschaften mit Sauerstoffapparaten versehen ein. Es stieß sich aber bald heraus, daß 16 Arbeiter sofort getötet worden waren. Die übrigen sechs Verletzten sind, wie sich jetzt mit Bestimmtheit sagen läßt, alle sechs lebensgefährlich verletzt. Die Explosion hat an Ort und Stelle fürchterlichen Schaden angerichtet, doch dürfte eine Betriebsstörung nicht eintreten.

Oberhausen, 4. Juli. Nach verschiedenen Privatmeldungen sollen bei der schrecklichen Grubenkatastrophe auf der Zeche „Ostfeld“ der „Gute Hoffnung“ 21 Bergleute im ganzen ums Leben gekommen sein. Die Leichen waren größtenteils bis zur Unkenntlichkeit verstimmt, sodaß die Identifizierung derselben nicht möglich war.

Die Zechenkatastrophe in Essen.

Essen a. d. R., 4. Juli. Die Explosion auf der Zeche „Victoria-Matthias“ hatte eine verheerende Gewalt. Ein Arbeiter wurde aus dem beschädigten Gebäude herausgeschleudert; er geriet unter einen nachstürzenden Steinbruch und erlitt geradezu entsetzliche Verletzungen, trotzdem sind seine Verletzungen nicht lebensgefährlich. Von den Verwundeten schwebt überhaupt bisher nach den bestimmten Ansagen der Ärzte keiner in direkter Lebensgefahr und wenn nicht unvorhergesehene Komplikationen eintreten, können sämtliche am Leben bleiben. Der Betrieb muß infolge der verheerenden Wirkungen der Explosion auf einige Tage doch eingestellt werden, wenigstens wird der Betrieb in der nächsten Zeit nur in recht beschränktem Maße stattfinden können.

Die verhängnisvolle Scharfschleßung.

Hamburg, 4. Juli. Zu dem Unglück auf dem Lodsieder-Platz wird noch gemeldet: Der Sergeant Wulff ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen, so daß das Unglück damit drei Opfer gefordert hat. Der Zustand des Unteroffiziers der Reserve Freudenreich ist hoffnungslos; ebenso besteht wenig Hoffnung, den Unteroffizier Schnabel am Leben zu erhalten.

Anwachsen des französischen Seemannsstreits.

Saure, 4. Juli. Die Seearbeiter beschloßen heute früh den Solidaritätsstreik für die eingeschriebenen Seelen.

Marseille, 3. Juli. Die Seearbeiter beschloßen, die Arbeit am 4. Juli zu verlassen. Sie scherten den eingeschriebenen Seelern völlige Solidarität zu und verpflichteten sich, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Seearbeiter und die eingeschriebenen Seelen Genehmigung erhalten. Die eingeschriebenen Seelen verpflichteten sich gleichfalls, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Seearbeiter und eingeschriebenen Seelen es auf Grund eines gemeinsamen Abkommens beschloßen haben.

Das kranke italienische Meer.

Rom, 4. Juli. Der sozialdemokratische „Avanti“ veröffentlichte weitere Enthüllungen über die Gesundheitslage der italienischen Truppen in Tripolis. Trotz antistichlicher Temenist sichert das Meer, daß die sechs Lazarett in Tripolis, von denen jedes 160-240 Betten hat, jetzt überfüllt sind, sodaß die kranken Soldaten nach Italien gebracht werden müssen, um verpflegt zu werden. Zahlreiche Soldaten sind an Malaria, an Cholera und Typhus erkrankt. Von 150 Meereskräften, die im Oktober vorigen Jahres aus Bavia abgegangen sind, kehrten nur 40 zurück. Von den 70 anderen wurden nur einer im Kampfe getötet, während die 69 übrigen krank in den Lazaretten liegen.

Zur Monarchenzusammenkunft.

Petersburg, 4. Juli. Kaiser Wilhelm II. trifft heute vormittag um 11 Uhr in Baltisch-Port ein, wo die russische Kaiserliche „Standard“ mit dem russischen Paare an Bord bereits auf der Hooqewieder Rede bereits schon vor Anker liegt. Der deutsche Botschafter am russischen Hof in Petersburg, Graf Pourtales, wird morgen auf der „Nerwa“ mit Kaiser Wilhelm auf das offene Meer hinausfahren.

Die Sumner-Bill auf dem Marsche.

London, 4. Juli. Das englische Unterhaus nahm gestern den ersten Artikel der Sumner-Bill mit 316 gegen 224 Stimmen nach längerer Debatte an.

Auflösung der Roosevelt-Partei.

Lausung (Michigan), 3. Juli. Der Führer der Anhänger Roosevelts, Gouverneur Osborne, veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt, die Roosevelt-Partei sei nunmehr unumstößlich. Die republikanischen Republikaner könnten für Wilson stimmen. Es handelte sich um einen Kampf der Wallstreet gegen Wilson.

Minneapolis, 3. Juli. Die Liga der fortschrittlichen Republikaner beschloß, für Wilson zu stimmen.

Briefkasten

F. W. 1. Mietschulden verjähren in vier Jahren. 2. Hat die Frau den Mietsvertrag nicht mit unterschrieben, so können ihre Sachen wegen Mietschulden nicht gepfändet werden.
W. A., Liegnitzerstraße. In der Kaufmann ist schaden-erhaltspflichtig, aber wir machen Sie auch darauf aufmerksam, daß solche Prozesse sehr verwickelt sind und sehr lange dauern. Vielleicht ist in Güte etwas zu erreichen.
D. Z. Wer seinen Namen nicht angibt und seine Wohnung, bekommt keine Auskunft.
Leuthenstraße. Das Mietsgeld kann stets auf den Lohn angerechnet werden.
M. W. 100. 1. Norddeutscher Lloyd in Breslau V, Neue Schweidnitzerstraße 6. 2. Nein, wir können aber dem Vater nur raten, gegenüber dem unehelichen Kinde seine Pflicht zu erfüllen.
111. Eine Petition im Garten ist nicht bei der Polizei anzumelden, denn es handelt sich nicht um eine öffentliche Versammlung, sondern um ein Vereinsvergängen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 4. Juli:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 5. Juli:
Arbeiter-Vertreter. Versammlung im Zimmer 2.
Donnerstag, den 11. Juli:
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der Jahlabend
ist Montag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:
Distrikt 1 (Gabiß), Friedrichstr. 50a, Ref. Gen. Lj. Müller.
" 2 (Sauerbr.), Viktoriast. 34, Ref. Gen. Gellrich.
" 3 (Gräbisch, Vorst. südl.), Gräbischenerstr. 74, Referent Genosse Löbe.
" 3a (Gräbisch, Vorst. nördl.), Siebenhufenstr. 19, Ref. Genosse Darsf.
" 4 (Nikolaitor), Schweidnitzerstr. 23, Ref. Gen. Herrmann.
" 6 (Friedr.-Wilhelmstr. 32, Ref. Gen. Hiedel.
" 7 Langegasse 62, Ref. Gen. Oberholz.
" 8 (Oberstr.), Mehlgasse 52/54, Ref. Gen. Dronsky.
" 8a (Kleischlaustr. 33, Ref. Gen. Feinze.
" 9 (Michaelisstr. 3, Ref. Gen. B. Richter.
" 9a (Heinrichstr. 5, Ref. Gen. Brostg.
" 10 (Sandtor), Matthiasstr. 38, Ref. Gen. Diepelt.
" 11 (Michaelisstr. 28, Ref. Gen. Meise.
" 12 (Schein. Vorst.), Uferstr. 48, Ref. Gen. Döber.
" 13 (Dürlauer Tor), Königgräberstraße 10, Ref. Genosse Seibold.
" 15 Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Rasch.
" 15a Zauengienstr. 92, Ref. Gen. Uffers.
" 13 (Strehlemer Tor), Dübenstr. 80, Ref. Gen. Kurth.
" 16 (Bohrer Tor), Bohrerstr. 70, Ref. Gen. Senl.
" 17 (Schweidnitzer Tor südl.), Neudorfstr. 99, Ref. Gen. Neulrich.
" 17a (Schweidnitzer Tor nördl.), Neudorfstr. 65, Referent Genosse Lwawitz.
" 18 (Innere Stadt östl.), Reherberg 7, Referent Genosse Paena.
" 19 (Innere Stadt westl.), Kupferschmiedestraße 21, Ref. Genosse Winger.
Landdistrikt 6 (Wöpelwitz), Wöpelwitzstr. 29, Ref. Gen. Wierich.
" 10 (Gräbisch), Dorst. 27, Ref. Gen. Srowitz.
" 11 u. 12 (Kleinburg), Geier, Lohestr. 99, Referent Gen. Schels.
" 14 (Herbain, Dürrgoy), Jahr, Schönstr. 21, Referent Gen. Schalk.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
1. 8. 8.

Arbeiterbewegung.

Auf dem Sumpfweg.

Man schreibt uns: In Bunsau und anderen Orten werden vom Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Töpfer und Ziegler Flugblätter verteilt, die sich gegen den Fabrikarbeiterverband und den Zentralverband der Töpfer richten. Das Hirsch-Dundersche Organisationsbüro, das sonst nur im Verborgenen blüht und für die Arbeiterschaft noch nichts getan hat, verschweigt schamhaft wie stark es eigentlich ist, was es in punkto Lohnaufbesserung erreicht und welche Summen es als Unterstützung an die Mitglieder ausgezahlt hat. Von dem was in dem Flugblatt verschwiegen wird, wollen wir hier etwas nachtragen. Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Töpfer und Ziegler zählte am Schlusse des Jahres 1910 1608 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1911 dagegen nur 1490 Mitglieder, das ist also eine Abnahme von 118 Mitgliedern. Dieses Gewerbevereins leidet an chronischer Mitgliederabnahme und wird unrettbar daran zugrunde gehen. Seinen Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen war er noch niemals in der Lage und wird es auch niemals sein.

Wie der Teufel, der in der Not flüchten sucht, so klammert sich dieses Gewerbevereins an einen Strohhalm um seine Existenz zu retten. Diesen Strohhalm bildet die Krankenunterstützung. Der Flugblattschreiber sagt, daß in den freien Gewerkschaften die Mitglieder kein gesetzliches Recht auf die Krankenunterstützung haben, im Gewerbeverein aber die Krankenunterstützung unter staatlicher Aufsicht ist und den Mitgliedern die Unterstützung vollstreckt ist. Dem Schreiber dürfte es aber schwer fallen, dem Fabrikarbeiterverband oder einer anderen freien Gewerkschaft auch nur einen einzigen Fall nachzuweisen, wo den bezugsberechtigten Mitgliedern die Krankenunterstützung wäre verweigert worden. Außerdem sollen die Gewerkschaften Kampfesorganisationen und nicht staatlich bedormundete Unterstützungsorganisationen sein. Die unter staatlicher Aufsicht stehende Krankenunterstützung des Gewerbevereins bildet für die Mitglieder keinen Vorteil, sondern nur Nachteil, da viele Krankenkassen, besonders die städtischen Betriebskassen, den doppelten Versicherungen das Krankengeld kürzen.

In geradezu jesuitischer Weise sucht der Verfasser des Flugblattes, denen, die er für sich einfangen will, weiszumachen, welche hohe Unterstützung sie im Gewerbeverein innerhalb eines Jahres beziehen können. Es wird da aufgezählt: Arbeitslosenunterstützung, Reisegeld, Krankenunterstützung, Sterbegeld, Gehalt der Beiträge (?), Ueberlebensgeld und Notstandsgeld. Das ist eine pure Unmöglichkeit, innerhalb eines Jahres alle die genannten Unterstützungen zu beziehen, das weiß jeder gewerkschaftliche Neuling, das weiß auch der „wahrheitsgetreue“ Oberhirt. Trotzdem wird aber versucht, denen die nicht alle werden, Sand in die Augen zu streuen. Weiter heißt es in dem Flugblatt, daß im Fabrikarbeiterverband die Unterstützungen gegenständig aufgebracht werden und erst nach 10jähriger Mitgliedschaft die Höchstsumme von 140 Mark erreicht. Dabei beträgt die Höchstunterstützung im Fabrikarbeiterverband nach 10jähriger Mitgliedschaft allein an Erwerbslosen- und Sterbegeldunterstützung mit einem Beitrag von 45 Pfg. 190 Mark und bei einem Beitrag von 55 Pfg. 230 Mark. Auch werden die Unterstützungen, außer der Erwerbslosenunterstützung, gar nicht gegenseitig aufgerechnet. Aber auf einige Lügen mehr oder weniger kommt es dem Flugblattschreiber nicht an. Ferner wird in dem Flugblatt ein Vergleich angestellt zwischen den Unterstützungen des Gewerbevereins und des Fabrikarbeiterverbandes. Dabei wird verschwiegen, daß der Fabrikarbeiterverband neben der Erwerbslosenunterstützung und Sterbegeld auch noch Unausgelder, Rechtschutz, Kostgelder, Gemahrgeld und Streikunterstützung seinen Mitgliedern gewährt.

Der Verfasser des Flugblattes ist der Vorsitzende des Gewerbevereins der Töpfer und Ziegler, Generalsekretär A. Lange in Bitterfeld. Wie der Herr Generalsekretär die Interessen der Arbeiter wahr, wollen wir an nachfolgendem Beispiel zeigen. Als im Jahre 1907 die Töpfer in Biesenbrügge streikten, weil ihr Vertrauensmann gemißhandelt worden ist und auch der Lohn tarif verächtlich werden sollte, wandte sich die Firma an den Generalsekretär des Gewerbevereins, Herrn A. Lange, mit der Bitte, er möchte ihr Streikbrecher besorgen. Anstatt ein solches Unternehmen mit Entrüstung von sich zu weisen, sondern er an die Firma einen Brief, dessen Inhalt schon das schlechte Gewissen des Briefschreibers und dessen berechnigte Scheu vor der Öffentlichkeit verrät und folgenden Wortlaut hat:

Bitterfeld, den 17. Februar 1907.

An die Neumärkische Ofenfabrik in Biesenbrügge bei Glasow.

Auf das Schreiben vom 14. d. M. teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich augenblicklich nicht in der Lage bin, Ihnen Werkstufenarbeiter zur Verfügung stellen zu können.

Gerade Werkstufenarbeiter werden in diesem Jahre mehrere gesucht; denn ich habe bereits von einigen Firmen den Auftrag, von unserm Verein Leute zu besorgen, die eingestellt werden sollen.

Zu diesem Zweck habe ich bereits Bekanntmachungen erlassen. Sollten sich nun mehrere melden, so bin ich recht gern erbötig, auch Ihnen einige zuzuwenden, damit wir den Herren Sozialdemokraten zeigen können, daß auch ohne diese gearbeitet werden kann.

Indem ich noch höflichst bitte, über mein Schreiben nichts zu vertragen, denn sonst komme ich in alle sozialdemokratischen Blätter als Streikbrecherlieferant und darf kaum öffentlich auftreten, um nicht von diesen Leuten niedergerührt zu werden.

Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß wir eine beratige Handlungsweise nicht gutheißen, sondern wir wollen alle Streitfragen auf friedlichem Wege mit den Arbeitgebern regeln.

Ergebenst

A. Lange, Generalsekretär des Gewerbevereins der Töpfer.

Bitterfeld, Zimmerstraße 4.

Dieses Beispiel dürfte wohl jedem vernünftigen Arbeiter genügen, um dem Gewerbeverein, der auf dem Aussterbepfad steht, fern zu bleiben. Eine Organisation, an deren Spitze ein Streikbrecherlieferant steht, kann niemals die Interessen der Arbeiter vertreten.

Fünfundvierzig Mark für Notfälle — Einhundert Mark für die Nationalflugspende.

Zu den ältesten Lebensütern der Bekämpfung gewerkschaftlicher Arbeit gehört die Behauptung von der Verklüderung der Arbeitermassen. Daß die Pfennige der schwer arbeitenden Proletarier so weit als es irgend möglich ist gespart werden müssen, gilt dabei schon seit Menschengedenken als oberster Grundsatz freigewerkschaftlicher Finanzpolitik. Trotzdem ist nicht zuletzt auch dem Hirsch-Dunderschen Lager immer wieder der Vorwurf der Geldverschwendung gekommen. Das ist um so charakteristischer, als jetzt selbst ein freimütiges Blatt wie die Frankfurter Zeitung öffentlich dagegen Stellung nimmt, wie in Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen die Gelder verlobert werden!

Der Gewerbeverein für Mädchen und für Frauen, eine alte Hirsch-Dundersche Gründung, die auch dem Gesamtverband der Gewerbevereine angegliedert ist, hat kürzlich zur Nationalflugspende Einhundert Mark beigelegt. Die Frankfurter Zeitung meint, „daß die Begeisterung der armen Heimarbeiterinnen sich nicht freiwillig in dieser Weise äußert oder äußern kann“. Wir sind der gleichen Meinung. Wie groß die Gewissenlosigkeit der Hirsch-Dunderschen Führerinnen dieses Gewerbevereins der doppelte und dreifache Ausgabebetrag in Wirklichkeit ist, erkennt man erst, wenn man sich die eben fertig gewordene Jahresabschlussrechnung pro 1911 bei dieser Organisation etwas genauer ansieht.

Der Gewerbeverein der Frauen und Mädchen hatte Ende 1911 insgesamt 730 Mitglieder. Sein Vermögen setzt sich aus dem eigentlichen gewerkschaftlichen Fonds — 1291 Mark — und dem Krankentassenvermögen (eingetragene Hilfskasse) — 1494 Mark — zusammen. Der Gewerbeverein leistete für seine Mitglieder, die sämtlich Heimarbeiterinnen sind, also zu den eklektischen Lohnlosen Proletarierinnen gehören, an Arbeitslosen-Unterstützung noch nicht 700 Mark. Für Krankenunterstützung gab er gar nur 367 Mark aus, Notfälle — jede Heimarbeiterin hat im ständigen Notfall! — wurden im ganzen Jahre mit sage und schreibe 45 Mark befriedigt! Das heißt pro Woche rund 80 Pfennige für Notfälle bei Heimarbeiterinnen, bei 730 Frauen und Mädchen! Dafür aber aus der Vereinskasse zum Patriotenrummel, ohne die 730 Heimarbeiterinnen zu fragen, 100 Mark! Das ist Gewissenlosigkeit! Das ist schändlicher Betrug an den Heimarbeiterinnen!

Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover.

Die Verhandlungen, die zwischen Unternehmern und Arbeitervereintreten stattgefunden, führten nach dreitägiger Verhandlung zu folgenden, schriftlich fixierten Einigungsvorschlägen:

1. Die regelmäßige, wöchentliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. 2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 3 Pfennig. In diesen 3 Pfennigen ist enthalten: der prozentuale Zuschlag für die Verkürzung der Arbeitszeit und eine allgemeine Lohnerhöhung. 3. Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit-Verkürzung soll eine Verständigung in den einzelnen Werken zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt werden. Wo es nicht zu einer Verständigung kommt, wird vorläufig die von dem Arbeitgeber gewünschte Verteilung angenommen. — Drei Monate nach Wiederaufnahme der Arbeit soll jedoch durch eine Abstimmung der gesamten Belegschaft, zu der auch die von der Verkürzung betroffenen Werkbeamten zuzählen, der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Ausschlaggebend sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel.

Zu diesen Vorschlägen der Unternehmer werden die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in den nächsten Tagen Stellung nehmen. Es sei bemerkt, daß die Vorschläge eine Erhöhung der Stundenlohnzulage in dem zuletzt geforderten Umfang vorsehen. Ueber die Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage ist die Verständigung annehmbar. Stimmig ist allein die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit. Die Unternehmer verhindern den Friedeschluß durch ihre Weigerung, die Arbeitszeit auch nur um eine weitere Minute wöchentlich verkürzen zu lassen.

Die Aussperrung ist von den Unternehmern keineswegs in dem vom Verband der Metallindustriellen beschlossenen Umfang durchgeführt worden. Einige Betriebe haben überhaupt nicht ausgesperrt und andere erheblich weniger als die vorgesehenen 60 Prozent der Arbeiter. So haben in Magdeburg vier von den 29 dem Verband der Metallindustriellen angeschlossenen Betrieben ihre Arbeiter nicht ausgesperrt; zwei weitere Betriebe haben die Aussperrung wieder rückgängig gemacht und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt. Die Maschinenbauanstalt A.G. in Aschersleben baute zum 1. Juli die Aussperrung angekündigt, sie aber nicht vorgenommen; die Eisenfabrik von Lüders in Bernierode sperrte nur 30 Prozent der Arbeiter aus. Selbst das Krupp-Grusonwerk in Magdeburg, dessen Direktor Sorge Vorsitzender im Magdeburger Verband der Metallindustriellen ist, hat nicht annähernd 60 Prozent der Arbeiter ausgesperrt.

Aus diesen Tatsachen geht schon hervor, daß im Unternehmertum ziemlich große Verwirrung herrschen muß. In der Tat haben in den Verhandlungen der Industriellen heftige Auseinandersetzungen stattgefunden. Die Inhaber der kleiner und mittleren Betriebe sind bei der gegenwärtigen guten Konjunktur keineswegs ohne weiteres bereit gewesen, den Großbetrieben und ihrem Machtwort zuzustimmen, die Aussperrung mitzumachen. Infolge der Differenzen soll der Direktor Sorge, wie bestimmt verlautet, bereits sein Amt als Vorsitzender niedergelegt haben.

Der Metallarbeiterstreik in Thale.

Durch die Arbeitsniederlegung von weiteren 600 Mann ist der Betrieb des Eisenhüttenwerkes nun so gut wie völlig stillgelegt. Mit 51 Arbeitswilligen, die von der Firma Wwe. Müller in Hamburg geliefert wurden, kann die Betriebsleitung nicht viel anfangen, obwohl diese Hinkelbrüder ihr sehr teuer werden, denn sie bekommen täglich 4,50 Mark Lohn und völlig freie Beköstigung und sollen daneben noch allerlei Ansprüche in Bezug auf Bier, Cognac, Zigarren usw. haben. Die Ausbehnung des Streiks ist darauf zurückzuführen, daß die Betriebsleitung von den Arbeitern der übrigen Abteilungen des Betriebes Streikarbeit für das Walzwerk verlangte. Etwa 100 Arbeiter, die diese Streikarbeit ablehnten, waren vorher schon ausgesperrt worden. Der Verlust des Verbandes der katholischen Arbeitervereine, seine Mitglieder zu Streikbrecherdiensten zu verleiten, ist völlig gescheitert.

Die Betriebsleitung sieht vorläufig noch auf hohem Pferde. Sie hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sie, selbst wenn die Draufgänger mit ihr verhandeln wollen, jede Verhandlung ablehnen würde.

In der Frankfurter Metallindustrie drohen neue Differenzen auszubrechen wegen der brutalen Mißhandlung eines Arbeiters bei der Firma Pokorny u. Wittelkind, die auf Grund der Demunition eines Gelben erfolgt ist. 130 Dreher haben die Kündigung eingereicht.

Aus aller Welt.

Krieg im Frieden. Beim Scharfschießen im Lockstedter Lager in Holstein schlug Mittwoch mittag infolge eines Fehlschusses eine Haubitze in den Beobachtungsturm Nr. 5 auf dem Scharfschießplatz. Getötet wurden zwei Kanoniere der 6. Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 9 in Jhehob; schwerverletzt wurden Oberleutnant König und der Einjährigfreiwillige Freudenreich vom Feldartillerieregiment Nr. 45 aus Utona-Bahrenfeld; ferner zwei Kanoniere des Feldartillerieregiments Nr. 9. Nach einer halbamtlichen Meldung wurden die Kanoniere Schilling und Hensel getötet, der Oberleutnant König, der Sergeant Wulff, Unteroffizier Schnabel, Unteroffizier der Reserve Freudenreich schwer, sowie Leutnant Böhm leicht verwundet.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Zeche Osterfeld der Guten Hoffnungshütte bei Oberhausen hat heute mittag 1 Uhr in einem Ausbruch beim Schießen eine Schlagwetterexplosion stattgefunden, wobei 14 Bergleute getötet und einige verletzt wurden. Bis 6 Uhr abends waren auf Zeche Osterfeld der „Gutehoffnungshütte“ 16 Tote und 6 Verwundete geboren; von den Verwundeten sind 2 schwer verletzt. Die übrigen Bergleute der Belegschaft sind in Sicherheit. Die Explosion fand in einem Ausbruch zwischen zwei Flößen beim Schießen statt. Die Zecheverwaltung teilt mit, daß es sich um eine reine Schlagwetter-Explosion handle; (?) Kohlenstaubexplosion liege nicht vor. Die bergbehördliche Untersuchung ist eingeleitet. Die Vertreter der Zechebehörde und der Bergverwaltung trafen unmittelbar nach dem Unglück auf der Zeche ein.

Noch ein Bebenunglück ereignete sich am Mittwoch in Essen a. d. Ruhr in der Benzolfabrik „Schacht „Gustav“, der Zeche Victoria Matthias. Auch die Ammoniakfabrik wurde in Mitleidenenschaft gezogen. Ein Mann war sofort tot, zwei wurden schwer und vier leicht verletzt. Ein Mann ist noch nicht gefunden. Der vermisste Arbeiter konnte spät nachmittags schwer verletzt geborgen werden. Der Betrieb der Kokerei ist auf einige Tage gestört. Die Katastrophe ist auf ausströmende Gase zurückzuführen, die sich auf unauffällige Weise entzündeten.

Wohle Boden. Vor einiger Zeit sind in der Familie eines Arztes in Frankfurt a. M., der als Sympfegener bekannt ist, (1) zwei Personen an den echten Wocher er-

krank, und zwar eine sehr schwer. Später wurden auch andere Personen, die in der Nachbarschaft des Arztes wohnen, angesteckt, ebenso einige Patienten desselben und ein Arzt, der diese behandelt hat, alle diese jedoch nur leicht. Bemerkenswert ist aber, daß in der Familie des Arztes nur Personen erkrankt sind, die nicht geimpft waren. Etwa zehn Personen befinden sich jetzt in der Isolierbaracke des städtischen Krankenhauses. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, um ein Weiterverbreiten der Krankheit zu verhindern.

Blitzkatastrophe in einem russischen Militärlager. Während eines heftigen Gewitters schlug der Blitz in das russische Militärlager von Willmannstrand bei Helsingfors ein. Fünf russische Soldaten wurden getötet, zehn schwer und viele andere leichter verletzt.

Todessturz eines rumänischen Offiziersfliegers. Während der Flugübungen auf dem militärischen Militärübungsplatz bei Bukarest stürzte Leutnant Caranda mit seinem Fliegerapparat aus etwa 100 Meter Höhe ab. Obwohl der Offizier geistesgegenwärtig abprang, wurde er unter dem Apparat begraben und gänzlich verstimmt und tot aufgefunden.

Schmugglerbräuche im Saccharinsmuggel. Mit der Festnahme einer dreiköpfigen Schmugglerbande aus der Schweiz scheint festgestellt zu sein, daß die Schmuggler Nürnberg als die Zentrale für den Absatz der gefälschten Waren betrachtet haben. Mit welcher Kühnheit die zuletzt verhafteten drei Personen vorgingen, beweist ihr letzter Versuch, der ihnen zum Verhängnis werden sollte. Die Polizeibehörden von Stuttgart und Ulm hatten der Nürnberger Kriminalpolizei mitgeteilt, daß ein mit zwölf Zentnern Saccharin beladenes Schmuggler-Automobil nach Nürnberg unterwegs sei. Gleichzeitig wurde vor den Schmugglern gewarnt, die in Ulm einen Schutzmänn, der bereits das Trittbrett bestiegen hatte, durch wahrhaftig schnelles Fahren gezwungen hatten, wieder abzusteigen. Daraufhin ließ die Polizei die nach Osten und Norden führenden Straßen sperren und leitete eine umfangreiche Untersuchung ein. Auf Grund deren wurde der Kaufmann Fritzer aus Zürich, der hier die gefälschte Ware erwartete, als Haupt der Bande festgenommen. Nach wenigen Tagen traf auch das Schmuggler-Automobil hier ein. Genau wie in Ulm zwangen die Insassen aber einen Polizisten, der das Automobil bestiegen hatte, durch überhastete Fahrt schnell zu fahren wieder abzuspringen. Die Schmuggler verteilten sich aber und führten das Automobil auf einen aufgeweckten Waldbew, wo es stehen blieb. Polizeibeamte legten sich auf die Bauer und konnten die beiden Insassen, die mit einem anderen Automobil anlangten, um das Saccharin zu

bergen, verhaften. Es waren die Kaufleute Scharer und Geiger aus Zürich. — Zur selben Zeit, wo die Verhaftung der genannten drei Personen gelang, verhandelte die Strafkammer gegen den Kaufmann Friedrich Walmer aus Zürich ebenfalls wegen Saccharinsmuggels. Der Angeklagte betrieb in Zürich eine Fabrik von Beleuchtungsgegenständen, die er zur Fertigung nach hier zu senden pflegte. Von Nürnberg gingen die Fertigfabrikate direkt nach Böhmen. Der Kaufmann kam schließlich auf den Gedanken, die unverfälschten Beleuchtungsgegenstände zum Saccharinsmuggel zu verwenden. Der Nürnberger Fabrikant bemerkte aber den Betrug und erzwangte Anzeige, worauf Walmer bei seinem nächsten Besuche festgenommen wurde. Auch das Saccharin, das einen Wert von 30.000 Mark hatte, wurde beschlagnahmt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu fünf Monaten Gefängnis und 2400 Mark Geldstrafe. — Daß gerade der Saccharinsmuggel trotz aller Überwachungsmaßnahmen noch in so hohem Maße blüht, wird verständlich, wenn man sich die dabei erzielten hohen Gewinne gegenwärtig. Bekanntlich besteht in fast allen europäischen Staaten ein Verbot der Fabrikation und des Handels mit dem Süßstoff Saccharin. Auch in Deutschland besteht nur eine einzige staatlich überwachte Saccharinfabrik, die ihre Fabrikate aber nur an Apotheken abgibt. Sie dienen in der Regel als Ersatzmittel an Stelle des Zuckers für Sodertränke, die letzteren nicht vertragen können. Nur die Schweiz hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen. Hier kostet das kilo Saccharin je nach Güte sechs bis zwölf Francs, während der Preis in Deutschland zwölf bis zwanzig Mark beträgt. Es leuchtet ein, daß es ein lohnendes Geschäft ist, auch nur wenige Kilogramm zu schmuggeln. In der Tat hat sich denn auch an der Grenze nach der Schweiz zu eine richtige Schmugglerindustrie entwickelt, die zu den beweglichsten Zween greift, um die überwachenden Zollbeamten zu täuschen. — In mittleren Gebirgsflüssen, alten Bauernschiffen, doppelten Westen, auf Fuhrhähnern wird der kostbare Süßstoff unbemerkt über die Grenze gebracht. Es soll sogar vorgekommen sein, daß bei einem feierlichen Leichenzuge, der die Grenze passierte, statt des Toten mehrere Zentner Saccharin in dem Sarg lagen. Die Behörden haben festgestellt, daß es sich im ganzen um nicht weniger als 600 berufsmäßige Schmuggler handelt, die anscheinend Hand in Hand arbeiten. In letzter Zeit scheint das „Inflüß der Beachtung der Behörden zu erfreuen, sobald zu hoffen ist, daß es, wenn auch nicht ganz verschwinden, so doch auf einen geringen Umfang eingeschränkt werden wird.

bürgerlichen Zeitungen wird die Notiz verbreitet, daß bei dem Streik der Mühlenarbeiter in Wittingen a. S. G. zwischen den aus Hamburg hergehenden Arbeitswilligen und den streikenden Arbeitern ein Rekonkordat festgestellt habe, bei welchem ein Teil der Beteiligten erhebliche Verletzungen erlitten habe. Diese Notiz ist unrichtig! Tatsache ist, daß die im Betriebe internierte Eingekerkerte sich gegenseitig derartig verhöhnten, daß Polizei und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeitswilligen wiederholt die friedlich ihrer Pflicht obliegenden Streikposten zu provozieren versuchten und mit blauen Bohnen drohten.

Der Antrag des Staatsanwalts im Schapiroprozeß.

In dem Prozeß gegen den Chefredakteur Pirsch vom „Mainzer Neuesten Anzeiger“ wegen Verleumdung des ehemaligen Beigeordneten der Stadt Mainz und nunmehrigen Stadtrats von Berlin Dr. Wendt und der Politet-Assistentin Frau Dr. Schapiro begannen heute nach mehr als vierzehntägiger Verhandlung die

Blädoyers.

Staatsanwalt Bernhards führte in seinem Plädoyer aus, daß weder Frau Schapiro, noch der Beigeordnete Wendt, noch die Mainzer Polizei überhaupt ihre Befugnisse überschritten hätten. Der Staatsanwalt bittet das Gericht, dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zubilligen, da der Angeklagte bei seinen Angriffen nicht etwa die Sache im Auge gehabt habe, sondern nur persönliche Angriffe gegen Frau Schapiro und den Beigeordneten Wendt erhob. Er beantragt gegen den Angeklagten wegen fortgesetzter Verleumdung der Frau Schapiro einen Monat Gefängnis und wegen Verleumdung des Beigeordneten Wendt, gegen den nicht der geringste Anlaß zu einem Angriff vorlag, sieben Monate Gefängnis und diese Strafe in eine Gesamtstrafe von

sieben Monaten Gefängnis

zusammenzufassen. Ferner beantragt er, den Angeklagten zu den Kosten des Verfahrens zu verurteilen, sowie Veröffentlichung des Urteils auf seine Kosten in allen Mainzer Blättern, in der „Frankfurter Zeitung“, in der „Frankfurter General-Anzeiger“ und in der „Darmstädter Zeitung“.

Sodann nahm das Wort zu seinem Plädoyer der Vertreter der Nebenklägerin Frau Schapiro, Justizrat Dr. Gaus. Er führte aus, daß der Angeklagte Pirsch aus reiner Sensationslust und aus Rache gegen Frau Schapiro und den Beigeordneten Wendt die Angriffe gegen diese erhoben habe. Es sei daher dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht zu gewähren, vielmehr sei er zu der schärfsten Strafe zu verurteilen.

Morgen folgen die Plädoyers des Vertreters des Nebenklägers Wendt, Justizrat Fagenbacher, und des Verteidigers des Angeklagten, Justizrat Dr. Bernstein-München. Das Urteil dürfte voraussichtlich erst am Montag zu erwarten sein.

Ein Pfarrer als Meineidsanstifter.

(Telegraphischer Bericht.)

München, 2. Juli 1912.

Die Affäre des katholischen Pfarrers Alois Höhenberger, der sich jetzt in der Heil- und Pflegeanstalt Gillingen bei Münden befindet, und die etwa zu gleicher Zeit mit der Affäre des Pfarrers v. Kältemoer und des Pfarrers Müllers spielte, beschäftigte am Dienstag das Oberbayerische Schwurgericht. Es hatte sich wegen wissentlichen Falschheits der 34 Jahre alte Maurer Robert Gütterer zu verantworten. Robert Gütterer lernte im Jahre 1906 den Pfarrer Alois Höhenberger in Brud bei Grafing kennen und trat mit ihm bald in einen sehr regen Verkehr. Bei dieser Gelegenheit erkannte Höhenberger in Gütterer wohl einen leicht beeinflussbaren Charakter. Das kam ihm für seine zahlreichen Prozesse, die er damals mit Angehörigen seiner früheren Pfarrei Brud führte, sehr gelegen. Er hatte damals eine Reihe von Strafanzeigen wegen Verleumdung und Falschheit wegen Kreditfälschung angehängt, um je nach der Zahlungsfähigkeit der Angeklagten mehr oder minder große Schadenersatzbeträge von 10 und 20 Mark bis zu mehreren tausend Mark herauszuschlagen. In diesen Prozessen sollte Gütterer als skrupelloser alles beschwörender Kronzeuge auftreten. Trotz des Standesunterschiedes wurde der Verkehr ein immer freundschaftlicherer und auch fortgesetzt, als Höhenberger Pfarrer in Weis war. Beide kamen häufig zusammen, dinsten einander und nannten sich mit Vornamen. Sie wurden in den Wirtschaften häufig zusammen bei Besuchen gesehen, wobei Pfarrer Höhenberger den Gütterer stets freizieht. Bei dieser Gelegenheit redete Pfarrer Höhenberger unter allerlei Verwahrungen auf Gütterer andauernd ein, daß er die von ihm in seinen Klagen behaupteten Verwahrungen beschwören soll. So hatte Pfarrer Höhenberger den Antragsbegehren Johann Zäuner in Wising wegen Schadenersatz verlangt und Gütterer wurde vom Pfarrer Höhenberger als Zeuge benannt. Am Tage vor dem Termin kam Pfarrer Höhenberger mit Gütterer in Dachau zusammen, sie besprachen sich und Höhenberger begleitete ihn selbst zum Amtsgericht Dachau. Höhenberger war auch beim Termin zugegen und stellte verschiedene Fragen an Gütterer, die dieser nach Wunsch beantwortete. Gütterer sagte unter Eid aus, er könne sich bestimmt erinnern, daß der Bauer Zäuner in den Jahren 1908 und 1907 in Wirtschaften zu Wising vom Pfarrer Höhenberger behauptet habe, daß er nichts mehr habe, daß er alles seiner Scheweiter vertrieben und auch alles verlornt habe, was ihm gehörte. Weiter wolle Gütterer von Zäuner die Äußerung gehört haben, daß niemand anderes als der Lump, der Höhenberger, den Bauer Obermeier ins Armenhaus gebracht habe.

Diese eidlichen Angaben sind nach der Anklage wissentlich falsch gemacht worden. Gegen Gütterer wurde daher die Anklage wegen Meineids erhoben und auch Pfarrer Höhenberger war wegen Anstiftung zum Meineid in Untersuchungshaft. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt, da er nach dem Gutachten mehrerer Irrenärzte für geisteskrank (I) erklärt wurde. In der Voruntersuchung hatte Gütterer ein umfassendes Geständnis abgelegt und zugegeben, daß er keine Kenntnis von den angeführten Äußerungen des Zeugen gehabt, sondern vielmehr dem Pfarrer nachgesagt habe, was dieser ihm vorzählte! Jetzt aber vor dem Schwurgericht behauptete der Angeklagte, daß er damals in Dachau die Wahrheit geschworen habe. Pfarrer Höhenberger habe ihm nicht in dieser Sache zugeredet, falls ja ich wören, wohl aber in einer anderen Sache. Der Pfarrer habe ihm geschrieben, er könne sehr leicht 500 Mk. verdienen, wenn er als Zeuge auslage, er wisse, wer ihm den Falschweier abgegraben habe. Dieses Ansuchen will der Angeklagte aber wiederholt abgelehnt haben. Außerdem gab Gütterer an, daß er beim Amtsgericht Dachau zwar vereidigt worden, aber nicht auf die Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides hingewiesen worden sei.

Der Vorsitzende richtete an den Angeklagten Gütterer die Frage, ob er mit Pfarrer Höhenberger in einem nach § 175 Str.-G.-B. verbotenen Verkehr gestanden habe. Der Angeklagte verneinte das mit einem sehr drastischen Ausdruck. Ein hierüber vernommener Zeuge bezeugte, daß das Benehmen der beiden auch nach dieser Richtung hin auffällig gewesen sei, da Gütterer, wenn er beklumt war, den Pfarrer immer abgepuffelt und abgeseleckt habe.

Oberamtsrichter Reichgauer aus Dachau gab an, daß er Gütterer zuerst unredigert benuommen, ihm dann aber

unfittlichen Lebenswandel des Pfarrers wurde außerhalb der Pfarrei Brud viel gesprochen, in der Pfarrei selbst dagegen dies nur ganz wenig. Die ganze Pfarrei blickt zu Höhenberger, der sogar im Jahre 1906 zum Ehrenbürger der Gemeinde Brud gemacht wurde. Der Zeuge selbst hat einmal, da er den Charakter des Pfarrers durchschaut hatte, diesen direkt einen Schwärzer genannt und mußte damals von dem irreführenden Pfarrangehörigen viel Anfeindungen erfahren.

Der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Kraus bezeugte, daß Pfarrer Höhenberger etwa 200 Strafanträge gegen Bauern in seiner ehemaligen Pfarrei Brud und deren Umgebung eingereicht hätte und außerdem noch 80 Privatklagen führte. Als Höhenberger sich schon wegen Meineidsanklage in Untersuchungshaft befand, habe er noch gegen verschiedene Bauern Zahlungsverordnungen wegen angeblicher Kreditfälschung im Gesamtbetrag von etwa 300.000 Mark erteilt. In einem Tage waren 17 gerichtliche Termine anberaumt. In ganz auffälliger Weise war in einer großen Anzahl von Prozessen Gütterer als Zeuge vom Pfarrer Höhenberger benannt worden, vielfach in Fällen, in denen er absolut nichts wissen konnte. Außer Gütterer war mindestens noch ein gefügiges Werkzeug vorhanden, das Pfarrer Höhenberger für seine Zwecke gegen die Bauern verwendete. Höhenberger hatte ein förmliches Spioniersystem eingerichtet und durch zahlreiche Briefe und Karten versucht, Zeugen für sich zu gewinnen. Diese umfangreiche Zeugenbeeinflussung sowie auch ein von Höhenberger recht raffiniert ausgearbeiteter Fluchtplan veranlaßten den Zeugen die Untersuchungshaft gegen den Pfarrer zu verfügen. Später stellte sich dann heraus, daß Höhenberger „Geisteskrank“ ist. Nach dem Gutachten der Ärzte ist er ein Schizophren. In seinem Größenwahn hat er noch in letzter Zeit an zahlreiche Bauern vorgebrachte Schreiben geschickt des Inhalts: „Du hast mich durch Deine Verleumdungen sehr schmerzhaft geschädigt. Ich verleihe Dir, über Dein Vermögen zu verfügen, das werde ich beschlagnahmen, Du zahlst mir 10.000 Mark.“ Diese unumgänglichen Forderungen steigerte Höhenberger bis zu 10.000 Mark. Der Zeuge glaubt nicht, daß Gütterer das willkürliche Werkzeug des Pfarrers Höhenberger gewesen ist. Gütterer hätte leicht von ihm loskommen können, er hat es aber nicht gewollt, weil Höhenberger für ihn immer die Beche bezahlte.

Eine Anzahl von Zeugen äußerte sich in unglücklichster Weise über die sittlichen und moralischen Qualitäten des Pfarrers Höhenberger.

Das Schwurgericht verurteilte in später Nachtstunden den Angeklagten Gütterer wegen wissentlichen Falschheits zu drei Jahren Zuchthaus.

Es ist nur merkwürdig, daß bei jenen Leuten Geisteskrankheit immer erst dann entdeckt wird, wenn sie zur Bestrafung gebracht werden sollen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Neu-Salzburg, 4. Juli. Schlägerei. Zu einer Schlägerei auf der Straße kam es am Sonntag zwischen jungen Mädchen im Ansichs an eine Tanzmusik im „Annahof“. Der Streit schlichteten wollende Zeitungskolporteur Klar, ein ruhiger, 48-jähriger verheirateter Mann, erhielt von der hohen Patronen vier Messerstücke, jedoch er bedenklich darniederliegt. 2 der Hauptbeteiligten und Messerstecher wurden noch am selben Tage verhaftet.

Peterswalde, 4. Juli. Die Rettungsmedaille verliehen. Die Rettungsmedaille am Bande wurde am Montag dem Klemmermeister Georg Bleicher von hier verliehen. Wie bekannt, rettete er bei dem Brande des Stöhr'schen Hauses eine alte Frau Mische mit eigener Lebensgefahr.

Warmbrunn, 4. Juli. Blutvergiftung. Der zehn-jährige Sohn eines Kaufmanns, der am Fuße eine offene Wunde hatte, verichmigte sich dieselbe beim Baden, jedoch Blutvergiftung eintrat. Infolgedessen schwoll der Fuß bedenklich an, daß ihn, da der Vergiftungsprozess schon große Fortschritte gemacht hatte, das Bein abgenommen werden mußte.

Neufals, 4. Juli. Schwere Unglücksfall. Ein schwerer Unglücksfall trug sich vorgestern in Grünberg zu. Ein Radfahrer fuhr direkt in die Deichsel eines Wagens. Er stürzte hin und blieb beunruhigend liegen. Er hat wahrscheinlich innere Verletzungen erlitten.

Rindau, 4. Juli. Erschossen. Erschossen aufgefunden wurde gestern früh in der Nähe des Jakob'schen Geschäfts, hier selbst, der 20-jährige Dienstknecht Hermann Kalmschke aus Rindau, welcher sich aus einem bei ihm liegenden sechs-läufigen Revolver einen Schuß in die Schläfe beigebracht hatte. Verwundete Liebe soll den jungen Mann, welcher diesen Selbst zum Militär eintreten sollte, in den Tod getrieben haben.

Weißelstorf, 4. Juli. Selbstmord. Selbstmord verübte der Lagerarbeiter August Moschner. Er wurde in seiner Stube erhängt aufgefunden.

Hollenstein, 4. Juli. Abgestürzt. Aus einem Fenster des dritten Stockwerkes in den Hof hinaufgestürzt hat sich im Grundstück des Kaufmanns Stahl in einem Anfall krankhafter Erregung eine Hausaltersfrau. Sie blieb mit zerschmettertem Schädel liegen, befindet sich aber noch am Leben.

Steinau a. O., 4. Juli. Selbstmordversuch. Ein Dienstmädchen von der Köbenerstraße nahm sich die ihr gemachten Vorwürfe derart zu Herzen, daß sie sich die Pulsadern beider Arme aufschnitt und blutüberströmte und bewußtlos erst nach längerer Zeit im Keller aufgefunden wurde. Die Verletzte wurde in die Krankenanstalt Befahren überführt.

Strehlen, 4. Juli. Erhängt. Der Wirtschaftsbefitzer Hermann Winkler in Ober-Olbendorf verübte Selbstmord durch Erhängen. Ein verlorener Prozeß soll den Mann zu der Tat veranlaßt haben.

Strehlen, 4. Juli. Unter Spionagedacht. Unter dem Verdacht der Spionage ist in Strehlen ein Russe verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Brieg eingeliefert worden. Diese Verhaftung hängt mutmaßlich mit der Untersuchung zusammen, die gegenwärtig gegen eine weit-verzweigte russische Spionebande geführt wird, als deren Haupt der russische Offizier Kosenitsch gilt.

Retzsch, bei Posen, 4. Juli. Födlischer Unglücksfall. Im hiesigen See ertrank beim Baden der 17 Jahre alte Hans Brunemann vor den Augen der mit ihm badenden Kameraden.

Aus Oberschlesien.

Aus v. Welfens Reich.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann wird das gegen Sozialdemokraten angewandte System v. Welfen, das so bekannte und berühmte System Hilger bald in den Schatten stellen. Denn in Knurow, dem Wirkungskreis des Herrn v. Welfen, geht es recht lebhaft her, und so ein unglücklicher Sozi, wie Genosse Smhczel, bekommt die ganze Wucht des Nachhahers zu spüren.

Um zu verstehen, mit welcher Macht unser Genosse zu kämpfen hat, muß man sich die ganze Lage Knurows vorstellen.

Um dem vorliegenden Material zu folgen, ist es notwendig, auf die Arbeit kommen, wozu sie alle in den „Familienhäusern“, wozu der Fiskus eine ganze Stadt erbaut hat und noch immer weiter baut. Das frühere Dorf Knurow verschwindet immer mehr durch Kaufauf, und die wenigen Privatbesitzer sind weiter nichts als ein Spielball des Herrn v. Welfen. Dieser führt sich völlig als Herr des Ganzen. Die Kolonien mit ihren Familienhäusern, mit denen soviel in „Wohlfahrt“ gemacht wird, sind Zuchthäuser im wahren Sinne des Wortes. Da wird über eine Anzahl Häuser ein Waffner gestellt, der nun schaltet und waltet. Man hebt einfach die Gewerbeordnung auf, denn man verbietet sozialdemokratischen Kolporturen nicht nur das Betreten der Häuser, sondern auch die Wege und Straßen in der Kolonie, jedoch für Sozialdemokraten selbst das Postamt, das in der Kolonie liegt, nicht zu erreichen ist. Nun klimmern sich denkende Menschen um solche Verbote recht wenig. Smhczel ging einfach weiter zur Post und besorgte seine Abonnenten. Da setzt aber sofort ein Terrorismus ein, wie er sich raffiniert nicht vorstellen läßt. Die Kolonienbewohner werden ausgefragt und dann mit Arbeitsverlust und Wohnungsermittlungen bedroht, wenn sie diese sozialdemokratischen Zeitungen weiter lesen, ja selbst, wenn Smhczel ihre Wohnung noch einmal betritt. Dann kommt noch der ganze Meerbau der Schmarotzer und Spitzel; aber alle diese Leuten, die im Dienste des Herrn v. Welfen handeln, haben ihr Ziel nicht erreicht. Es mußte daher zu anderen Mitteln gegriffen werden, und da lag nichts näher, als Genossen Smhczel das Wohnen in Knurow unmöglich zu machen. So ist unser Genosse vom 4. bis 26. Juni, also in drei Wochen, viermal umgezogen. Als er am 26. Juni zum Hausbesitzer Adamel hinzog, da wurde dessen Sohn, der wie sein Vater Johann heißt und auch auf der Grube arbeitet, von der Grubenverwaltung zu Protokoll vorgelesen. Er wurde gefragt, wie er dazu komme, dem Smhczel eine Wohnung zu vermitteln usw. Seine Angabe, daß nicht er, sondern der Vater die Wohnung vermittelt hat, wurde zu Protokoll genommen, und nun kommt natürlich der Vater, der gleichfalls auf der Grube arbeitet, heran. Die Folge ist natürlich, daß Smhczel zum fünften Mal ziehen, oder Adamel seine Arbeit verlieren wird.

Diese offensbare Verletzung der Gewerbeordnung, der Terrorismus gegen Arbeiter und Hauswirte passiert unter Willen eines hohen preussischen Staatsbeamten, des Königl. Bergrats v. Welfen. Aber nicht genug damit; dieser Herr, der seine Arbeitsgewalt recht eigenartig ausübt und ausnützt, er besitzt auch noch Polizeigewalt, denn er ist Amtsvorsteher des Bezirks. Und in dieser seiner Eigenschaft entwickelt er gleichfalls eine Tätigkeit, die man einfach nicht versteht. Nicht genug, daß die Polizeibeamten unseren Genossen auf Schritt und Tritt verfolgen, ihn also direkt unter Polizeiaufsicht gestellt haben, regnet es jetzt förmlich Strafmandate wegen Verletzung der Kolonie. Kein Amtsvorsteher, der nicht zufällig Grubenbeamter ist, würde auf den Einfall kommen, hier Strafmandate zu verschicken, und so dem Staate eine Unmenge Kosten zu machen.

Nicht unerwähnt wollen wir einen Umzug Smhczels lassen. Knurow werden die ersten Sachen runtergetragen, dann stellen sich diverse Beamte, darunter immer ein Kolonienaufseher, ein; nicht daß diese Leuten etwa helfen wollen, sondern man beobachtet, welcher Bergmann etwa beim Umziehen hilft. Natürlich werden die Helfer sofort notiert, vorläufig ohne Schaden zu haben, denn es finden sich zum Umziehen immer so viele Kameraden ein, daß eine Sechsstundenwohnung leicht geräumt würde, wenn jeder nur einen Gegenstand fortträgt.

Am 12. d. Mts. beginnen vor dem Schöffengericht in Mähndt die ersten Prozesse; das System v. Welfen wird sich wohl ändern müssen, wenn die Justiz dazwischenfährt.

Stein, 4. Juli. Sich selbst gefangen. Sich selbst gefangen hatte gestern früh ein aus dem Gerichtsgefängnis entwichener Sträfling. Derselbe lief, aus dem Vorhofe des Gerichtsgefängnisses kommend, am alten Gerichtsgebäude vorbei in den Vorhof des neuen Amtsgerichtsgebäudes hinein.

Emanuelstegen, 4. Juli. Scherlach. Den Leitern der Volksschulen der Stadt und des Kreises Rattowitz soll, wie berichtet wird, von der Schulaufsichtsbehörde dringend unterlagt worden sein, in diesem Jahre den sonst so beliebten Ausflugsort Emanuelstegen zum Ziele von Schulausflügen zu machen. Die Anordnung stützt sich darauf, daß in Emanuelstegen zur Zeit der Scherlach herrscht und deshalb die Gefahr einer Infektion in hohem Grade vorhanden ist.

Weslauer Schlachthofmarkt. Amtlicher Bericht über den Hauptviehmarkt am 3. Juli d. Der Auftrieb betrug: 1134 Rinder, 2498 Schweine, 960 Kühe, 189 Schafe. Ueberhand vom vorigen Markte waren: 9 Rinder, 80 Schafe.

	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
I. Rinder. A. Käsen:		
Wollschaf, ausgewählte Köpfe höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gegessen haben (ausgeschl.)	43-50	74-86
Wollschaf, ausgewählte, im Alter von 4 bis 7 Jahren Junge, schlächte, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte Mählg geachtete Junge, gut geachtete Ältere	43-45	80-83
	36-40	72-80
	35-33	71-78
B. Kalben:		
Wollschaf, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	47-50	80-85
Wollschaf, ausgewählte jüngere, gut geachtete Ältere	42-46	74-81
Mählg geachtete Junge, gut geachtete Ältere	30-39	67-72
C. Kalben und Kühe:		
Wollschaf, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	45-48	78-83
Wollschaf, ausgewählte Mählg höchsten Schlachtwerts, bis 8 Jahren	41-45	76-83
Kälber ausgewählte Köpfe und wenig gut entwickelte jüngere Köpfe und Kalben	35-39	70-78
Mählg geachtete Köpfe und Kalben	31-32	66-68
Gerling geachtete Köpfe und Kalben	31-22	63-55
D. Gerling geachtete Jungschaf (Fresser):		
II. Kühe:		
Doppelbender feinstes Mast		
Feinste Mastkühe (aus Norddeutschland)	40-54	82-90
Mittlere Mast- und beste Saugkühe	30-44	74-81
Geringere Mast- und gute Saugkühe	36-42	69-81
Geringere Saugkühe		
III. Schafe. A. Stallmastschaf:		
Maststämmer und jüngere Maststämmer	43-47	86-94
Ältere Maststämmer, geringere Maststämmer und gut geachtete junge Schafe	38-40	79-83
Mählg geachtete Hammel und Schafe (Weselschaf)	21-27	54-64
B. Weidewirtschaft:		
Maststämmer	I	II
Geringere Stämmer und Schafe		
IV. Schweine:		
Wollschaf, ausgewählte über 120 bis 180 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	58-60	73-75
Wollschaf, ausgewählte über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	56-59	72-76
Wollschaf, ausgewählte über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	54-57	70-74
Wollschaf, ausgewählte über 60 bis 80 Kilogr. (120 Pfund) Lebendgewicht	51-54	68-72
Sauen und geschlachten oder Zettelschweine über 100 Kilogr. (6 Fünftel) Lebendgewicht	52-55	68-71

Der Verkaufsgang war mittelmäßig, für Rinder besser. Auftrieb nach Oberbayerien: 408 Rinder, 128 Schweine, 47 Kühe, 10 Schafe; nach Mittel- und Niederbayerien: 11 Rinder, 188 Schweine, 6 Kühe; nach Sachsen: 61 Rinder, 17 Schweine, 11 Schafe; nach Südbayerien: 199 Rinder, 1 Ueberhand vertrieben: 8 Schafe.

Von den Schweinen wurden verkauft: 8 Stück zu 65 Mk., 3 zu 64, 35 zu 63, 78 zu 62, 97 zu 61, 214 zu 60, 250 zu 59, 284 zu 58, 498 zu 57, 240 zu 56, 193 zu 55, 169 zu 54, 181 zu 53, 64 zu 52, 8 zu 51, 53 zu 50, 4 zu 49, 14 zu 48, 2 zu 47, 1 zu 46, 1 zu 45, 9 zu 44, 2 zu 43 Mk.

Beziehungen der hiesigen Markt-Notierung-Kommission.

Beschaffenheit, den 3. Juli	gute		mittlere		geringe	
	50 Hk.	niedr.	50 Hk.	niedr.	50 Hk.	niedr.
Weizen, weißer	28 40	28 50	28 40	28 50	28 40	28 50
Weizen, gelber	28 30	28 40	28 30	28 40	28 30	28 40
Roggen	28 20	28 30	28 20	28 30	28 20	28 30
Gerste	18 60	18 70	18 60	18 70	18 60	18 70
Hefe	19	18 50	18 40	18 30	18 20	18 10
Weselschaf	35	34	33	32	31	30
Schaf	31 50	31	29 90	29 80	29 70	29 60
Sauer der 100 Rgr. 8.00-9.20 Mk., neuer 5.00-6.00 Mk.						
Kraut der 100 Rgr. 5.00-6.00 Mk.						
Weizenstroh 100 Rgr. 3.80-4.00 Mk.						
Weselschaf Mastschaf, 100 Hk. behauptet, per 100 Hk. 24 Mk. behauptet, 20 behauptet, 30.00-30.50 Mk., Roggenmast 20 behauptet, 26.00 bis 27.00 Mk., Roggen - Hausbuden behauptet, 26.00-26.50 Mk., Roggen - Butter mastschaf, 15.00-15.50 Mk., Weizen entlie behauptet, 14.50-15.00 Mk.						